

27. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sommersession 2018



-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

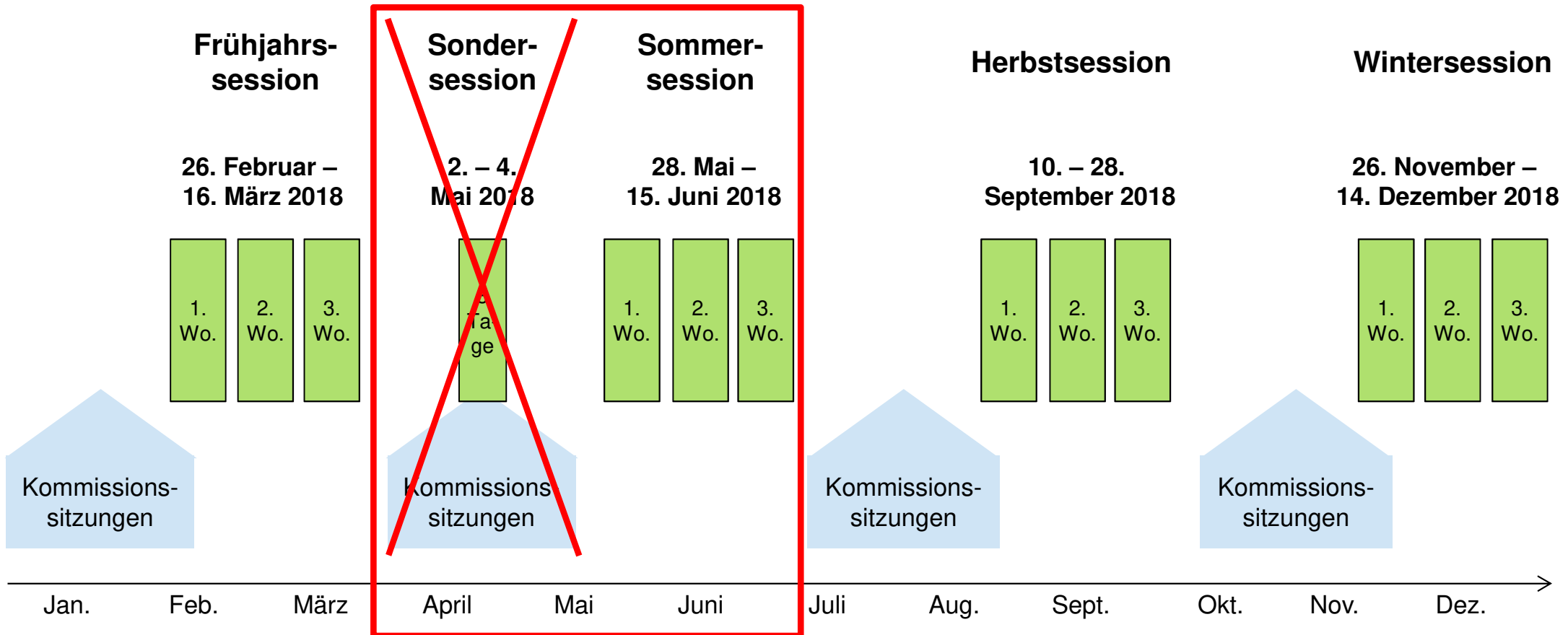
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

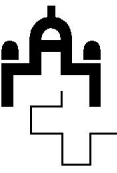
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Sommersession und andere wichtige politische Entwicklungen



 **Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.**



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



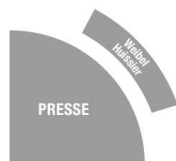
Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der CVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die FDP



Stärke der Fraktionen im Nationalrat

SVP:	68
SP:	43
FDP:	33
CVP/EVP:	30
Grüne:	12
GLP:	7
BDP:	7

Fraktionen Groupes parlementaires	
BL = FDP/PSD	Y = SVP/SDC
S = SP/PS	G = Grüne/Vert
BD = SVP/PSD	GL = GLP/PL
C = CVP/PCP	• = Fraktionstest/ Non-Test



Mitglieder des Bundesrates
Membres du Conseil fédéral

Jäger Freilicht
Ratspräsident
Secrétaire général

Grat-Lücher Fridex Goley Oltuf Estermann Burkart
7 TG 9 JU 11 GE 8 NE 10 LU 12 AG

Kommunikations-
Rapporteurs
Büchel R. Genecand
3 SG 5 GE

Präsident
De Be
1 FR 2 TI
Generalsekretär
Secrétaire général

Mitglieder des Bundesrates
Membres du Conseil fédéral

1. Vizepräsident
Carnelli
4 VO
2. Vizepräsident
Reimann M
6 AG

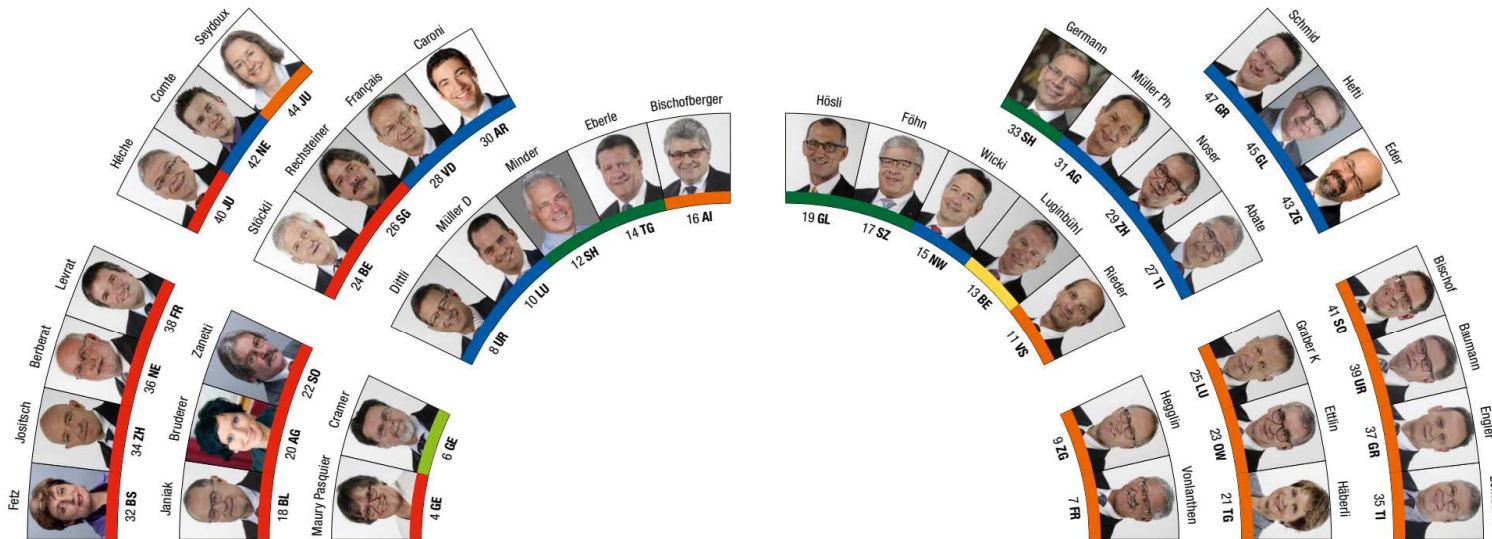
8 Stimmzähler

Präsident (CVP)

1. Vizepräsidentin (SP)

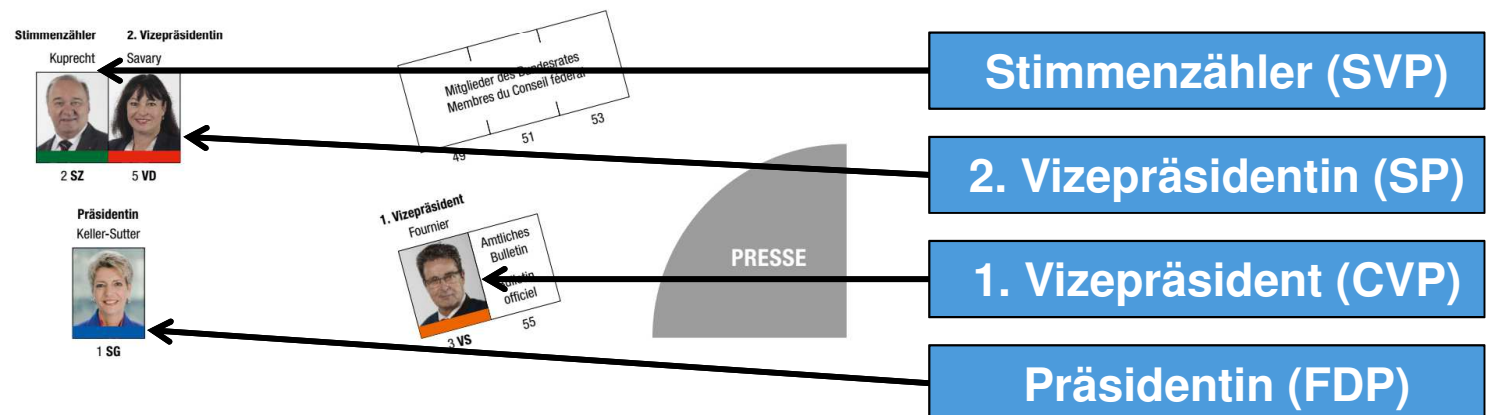
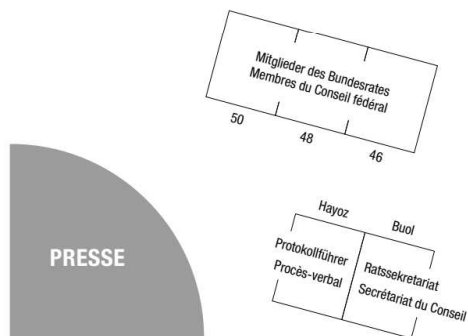
2. Vizepräsidentin (FDP)

**Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der FDP präsidiert,
die Vizepräsidenten vertreten die CVP und die SP**



Stärke der Fraktionen im Ständerat

FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
SVP:	6
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0



1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

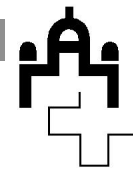
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

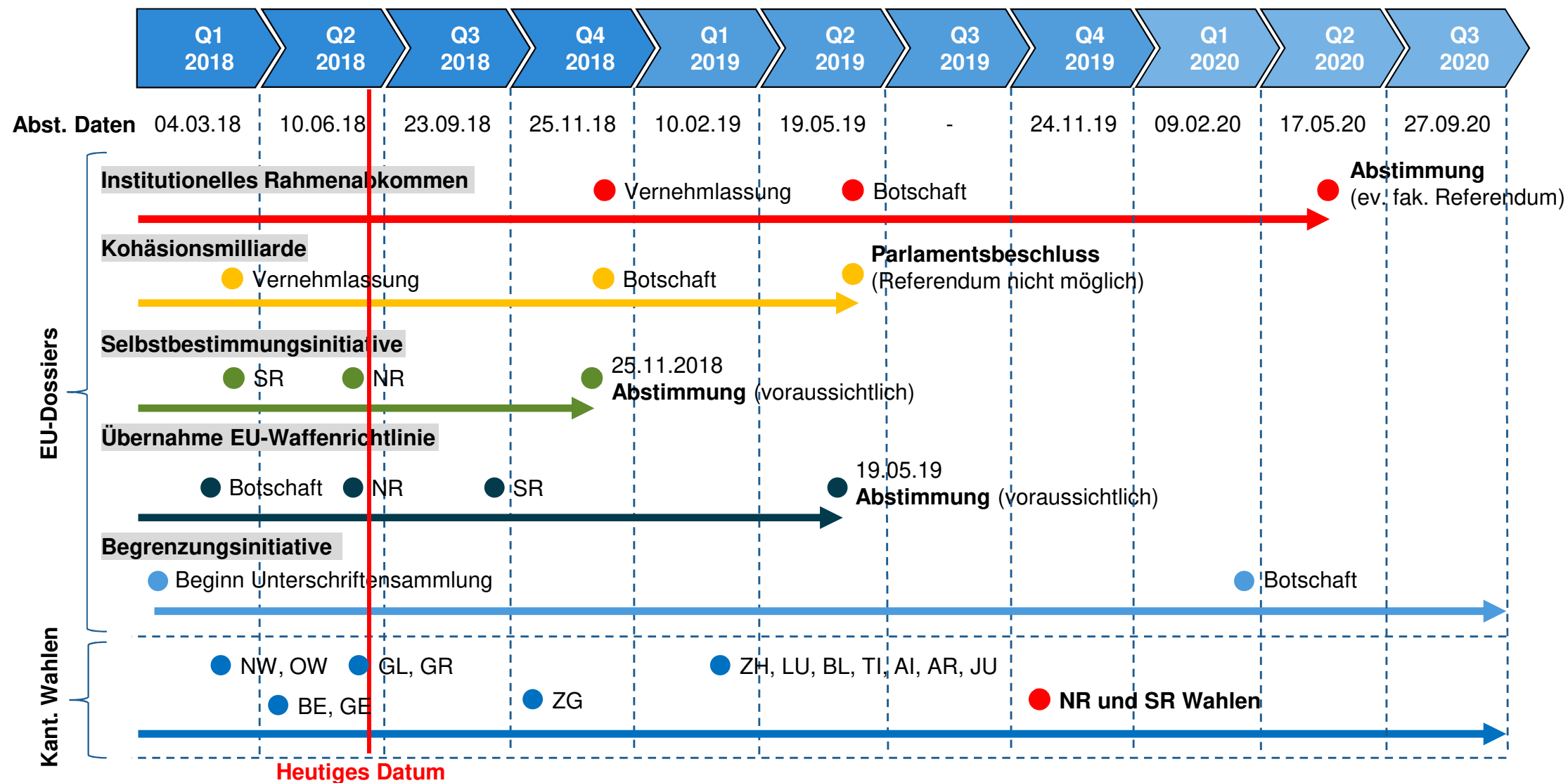
4. Aktualitäten

Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Sommersession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Schweiz-EU:
 - Institutionelles Rahmenabkommen
 - Kohäsionsmilliarde
 - Selbstbestimmungsinitiative
 - Übernahme der EU-Waffenrichtlinie
 - Begrenzungsinitiative
- 2 Rückweisung der Gesamtschau zur Agrarpolitik an den Bundesrat
- 3 Aktienrechtsrevision inkl. Frauenquote, indirektem Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative und Transparenzbestimmungen für Firmen, die in der Rohstoffgewinnung tätig sind
- 4 Steuervorlage 17/AHV-Deal
- 5 Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen
- 6 Diverse weitere Geschäfte



Neben dem institutionellen Rahmenabkommen stehen im EU-Dossier in den nächsten Quartalen wichtige Entscheidungen an



Bemerkung: Zeitplan nicht bestätigt
Quelle: www.admin.ch; weitere Webseiten

Die EU fordert die Aufweichung des Schutzes der Schweizer Arbeitnehmer – Die Zuwanderung würde so noch mehr zunehmen!

Cassis' europapolitischer Alleingang sorgt für Kopfschütteln

Der Aussenminister zeigt sich gegenüber der EU konzessionsbereit - ohne Absprache mit dem Bundesrat

Markus Häfliger, Camilla Alabor,
Markus Brotschi und Stephan Israel

Ignazio Cassis bricht ein politisches Tabu. In einem Interview mit Radio SRF stellt der Aussenminister einen Teil der flankierenden Massnahmen zur Disposition. Mit einem Zugeständnis an die EU in diesem Punkt versucht Cassis, einen Abschluss der Verhandlungen um das umstrittene Rahmenabkommen zu erreichen.

Noch im März hatte die Landesregierung die flankierenden Massnahmen als eine von mehreren «roten Linien» in den Verhandlungen mit der EU definiert. Er wolle, schrieb der Bundesrat damals, «dass die Schweiz alle flankierenden Massnahmen zum Personenfreizügigkeitsabkommen vollumfänglich beibehalten kann». Jetzt sagt Cassis dazu, bei den Flankierenden handle es sich um «eine fast religiöse Frage beider Seiten». Nun müssten sowohl die EU wie die Schweiz bereit sein, «über ihren eigenen Schatten zu springen und kreative Wege zu finden».

Konkret schlägt Cassis vor, die sogenannte 8-Tage-Regel durch ein neues Instrument des Arbeitnehmerschutzes zu ersetzen. Die Regel besagt, dass sich entsandte Arbeiter aus der EU jeweils acht Tage im Voraus anmelden müssen, sodass Schweizer Arbeitsinspektoren überprüfen können, ob die ausländischen Arbeiter die Schweizer Mindest-

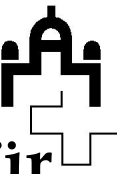


Bundesrat Ignazio Cassis fordert, dass die Schweiz und die EU «über ihren eigenen Schatten springen». Foto: Anthony Anex (Keystone)

Anpassung Personen- freizügigkeitsabkommen

«Das ist eine fast religiöse Frage für beide Seiten.» Um in den Verhandlungen voranzukommen, ist Cassis deshalb neuerdings bereit, sich in dieser Frage zu bewegen: **«Sowohl die EU wie die Schweiz müssen bereit sein, über den eigenen Schatten zu springen und kreative Wege zu finden.»**

Radio SRF, 13. Juni 2018



Gleichzeitig stellt die EU die Forderung, dass die Schweiz neu für alle arbeitslosen ausländischen Grenzgänger zahlen müsse

EU will neue Regeln für Grenzgänger

Arbeitslose aus den Nachbarländern könnten die Schweiz teuer zu stehen kommen

Von Andrea Sommer, Bern

Die Personenfreizügigkeit bringt der Schweiz möglicherweise Mehrkosten von mehreren Hundert Millionen Franken. Wie einer dieser Tage eingereichten Interpellation des St. Galler CVP-Nationalrats Nicolo Paganini zu entnehmen ist, plant die EU bei der Unterstützung von arbeitslosen Grenzgängern einen Paradigmenwechsel. Neu sollen diese nicht mehr von dem Staat unterstützt werden, in dem sie leben, sondern von jenem, in dem sie zuletzt Beiträge ins Sozialversicherungssystem einbezahlt haben.

Offenbar sind die Verhandlungen zu diesem Kurswechsel in der EU bereits weit fortgeschritten. Wie das *St. Galler Tagblatt* kürzlich berichtete, haben sich die EU-Staaten auf Botschafterebene darüber verständigt. Das Dossier soll den zuständigen EU-Ministern an deren Treffen vom 21. Juni in Luxemburg vorgelegt werden. Voraussichtlich im Herbst soll das EU-Parlament über diese Änderung befinden. Allerdings sind noch Detailfragen offen – die eine Menge Zündstoff bergen. Zum Beispiel jene, wie lange ein Grenzgänger im Gastland gearbeitet haben muss, um einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu haben. Die EU-Kommission soll zwölf, Frankreich neun oder sechs und Bulgarien sogar nur drei Monate



Quelle: Basler Zeitung vom Samstag, 16. Juni 2018

TA / 20. Juni 2018

Meinung gewechselt

Schneider-Schneiter gegen flankierende Massnahmen

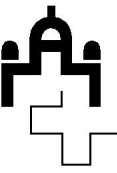
Bern. Noch vor einer Woche sagte die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter im Interview mit der *BaZ*, sie stehe hinter den «roten Linien» des Bundesrates bei den Verhandlungen der Schweiz mit der



Elisabeth Schneider-Schneiter.

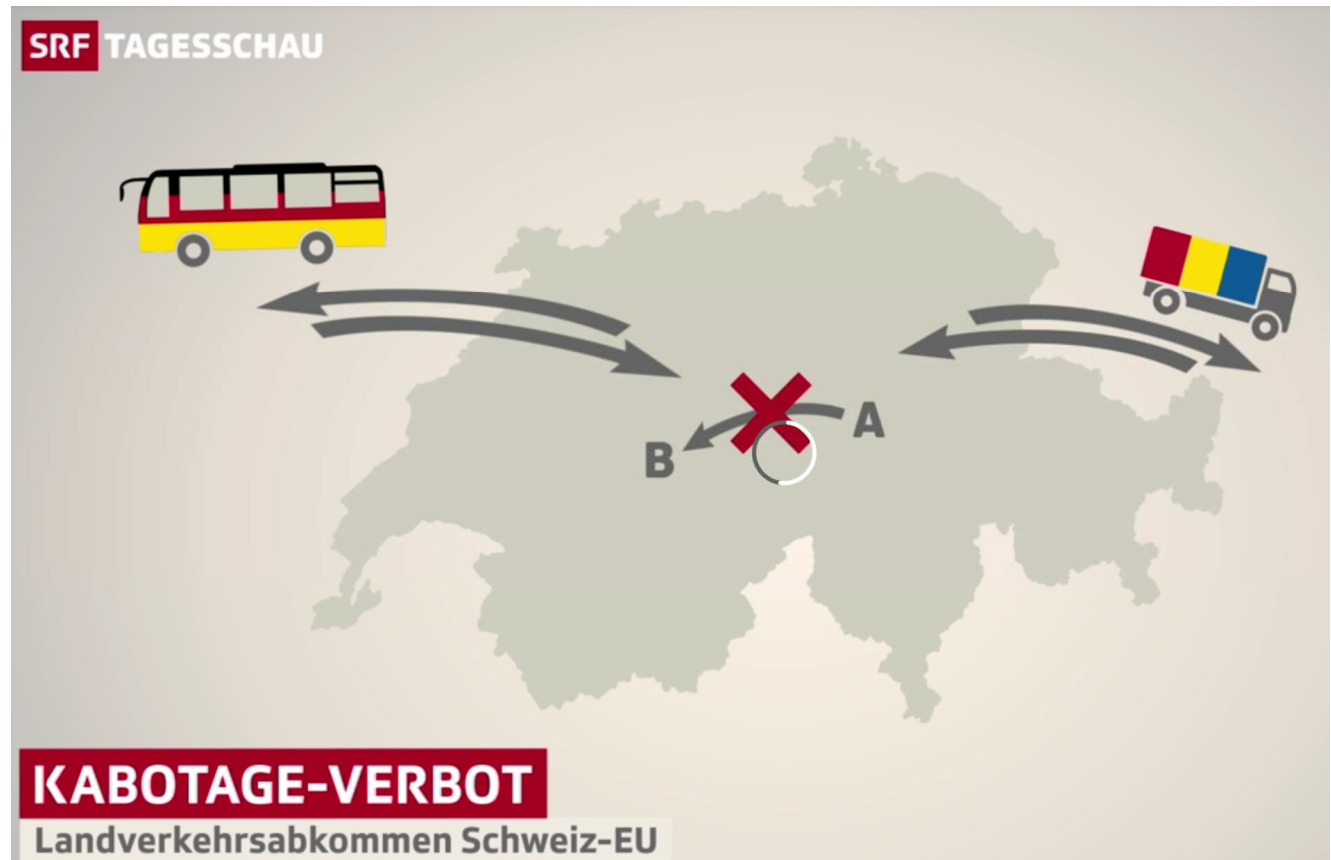
EU über ein Rahmenabkommen. Dazu gehören auch die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping. «Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sind nötig, um die negativen Auswirkungen der Zuwanderung abzufedern», sagte Schneider-Schneiter damals.

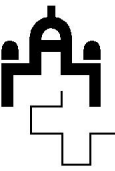
Gestern teilte die Nationalrätin mit, dass sie ihre Meinung geändert habe. Radio *SRF* liess sie wissen, der Bundesrat müsse für andere Lösungen «offen bleiben». «Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, zusammen mit der EU Ziele zu erreichen, welche für uns alle besser sind», sagte sie nun, just zwei Tage nachdem sich Bundesrat Ignazio Cassis entsprechend geäussert hat. Schneider-Schneiter präsidiert die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates, welche die EU-Politik des Bundesrates überwachen und hinterfragen muss. fi



Auch fordert die EU, dass Fahrer aus der EU neu innerhalb der Schweiz Güter und Personen transportieren dürfen

- Die Kabotage, also der Transport von Gütern oder Personen im Inland durch ausländische Fahrzeuge, ist heute in der Schweiz verboten.
- Im Rahmen der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen fordert die EU eine Anpassung des Landverkehrsabkommens Schweiz-EU, damit neu Fahrer aus der EU innerhalb der Schweiz Güter und Personen transportieren dürfen.
- Gemäss dem Nutzfahrzeug-verband Astag und dem Verband öffentlicher Verkehr (VöV) hätte dies gravierende Auswirkung auf das Schweizer Gewerbe und die Schweizer Angestellten.

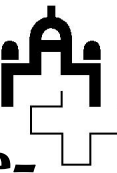




Zusätzlich fordert die EU, dass Investitionen in Stromversorgungsunternehmen oder Kantonalbanken nach EU-Recht erfolgen

- Im Rahmen der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen fordert die EU, dass die Schweiz das Verbot staatlicher Beihilfen nach dem Vorbild des EU-Rechts übernimmt. Im **institutionellen Rahmenabkommen** resp. im **Schweiz-EU Freihandelsabkommen von 1972** würde neu ein verbindliches Verbot staatlicher Beihilfen, verknüpft mit einem Überwachungsmechanismus zur effektiven Durchsetzung, festgeschrieben.
- Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat vor diesem Hintergrund einen Bericht über die wahrscheinlichen Auswirkungen einer Übernahme des Verbots staatlicher Beihilfen durch die Schweiz in Auftrag gegeben. Das Fazit ist vernichtend: *«Die Schweiz kennt keine mit dem System der Beihilfenregelung der EU vergleichbare Ordnung. Auf Bundesebene fehlt sowohl dem Subventionsgesetz wie auch dem Gesetz über Regionalpolitik die spezifisch wettbewerbspolitische Ausrichtung. Das im EU-Recht verankerte System der Genehmigungsbedürftigkeit von Beihilfen der Mitgliedstaaten, soweit diese nicht von einem expliziten Vorbehalt oder einer Ausnahme gedeckt sind, wäre in der Schweiz nicht nur **verfassungsrechtlich höchst problematisch**, sondern würde zu einem **administrativen Mehraufwand für die Kantone** führen, der **nicht abschätzbar** ist.»*

Bericht
im Auftrag der
Konferenz der Kantonsregierungen
über
die Folgen einer möglichen Übernahme des Verbots staatlicher Beihilfen
der EU durch die Schweiz



Schliesslich verweigert die EU der Schweiz noch immer die unbedingte Anerkennung der Äquivalenz ihrer Börsenregulierung

Plan B zum Schutz der Schweizer Börse

Der Bundesrat fasst Notrecht ins Auge, falls es bei der Börsenäquivalenz zu einer Eskalation mit Brüssel kommen sollte

Noch eine Weile dürfte unklar bleiben, ob die EU die Schweizer Börsenregulierung auch ab 2019 anerkennt. Der Bundesrat will notfalls mit einer Verordnung verhindern, dass die Schweizer Börse grösseren Schaden nimmt.

HEIDI GMÜR, BERN

Die Wogen gingen hoch, als im Dezember die EU-Kommission, frustriert über das Zaudern Berns bei den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen, der Schweiz beschied, die Börsenregulierung der Schweiz nur für ein Jahr als gleichwertig zu anerkennen. Der Bundesrat sah sich angesichts der Brüsseler Machtdemonstration bemüssigt, eine Sonder-sitzung einzuberufen. Und so trat die damalige Bundespräsidentin Doris Leuthard am 21. Dezember vor die Medien, verlas eine Erklärung des Bundesrats und verschwand wieder. Die Erklärung enthielt ein paar deutliche Worte an die Adresse Brüssels – und eine Überraschung inhaltlicher Natur. Die Regierung hatte das Finanzdepartement (EFD) von Ueli Maurer nämlich beauftragt, dem Bundesrat bis Ende Januar Vorschläge zu unterbreiten, wie man den



Der Bundesrat trifft Vorkehrungen, damit eine Börsenankennung durch die EU nicht mehr nötig wäre.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

stättigt das EFD auf Anfrage. Es verweist dabei auch auf Ausführungen der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (Esm) vom letzten November.

Unwahrscheinliches Szenario

Bei einem Wegfall der Börsenankennung ohne Schutzmassnahme befürchtet der Bundesrat hingegen grossen Schaden für den Börsenplatz Schweiz. So kommen etwa rund die Hälfte der Aufträge für den Handel mit Blue-Chip-Wertpapieren an der Schweizer Börse SIX aus dem EU-Raum; dieses Volumen könnte wegfallen. Jörg Gasser, der Staatssekretär für internationale Finanzfragen, drückte es vor den Medien drastisch aus: «Im

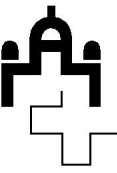
Der Bundesrat behält die Nerven

Kommentar auf Seite 13

schlechtesten Fall würde die Schweizer Börse diesen Einbruch nicht überleben oder die Schweiz verlassen.»

Dieses Szenario erscheint zurzeit jedoch unwahrscheinlich. Die Börsenankennung ist für die EU ein Druckmittel. Sie macht sie von Fortschritten in den

Bis Ende Juni 2018 will der Bundesrat die technischen Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen abgeschlossen haben. Dann wird die Öffentlichkeit informiert.



Am 28. März 2018 eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zur Kohäsionsmilliarde – die Botschaft soll bis Ende Jahr folgen

Worum es geht

Position der SVP

Bisherige Entwicklungen

- Der Bundesrat hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine weitere Kohäsionsmilliarde zugesichert. 1,1 Milliarden Franken sollen an die neuen EU-Länder (EU-13) mit Fokus Berufsbildung verteilt werden. Weitere 200 Millionen Franken will der Bundesrat im Migrationsbereich in den südlichen EU-Staaten einsetzen.
- Die SVP lehnt die Kohäsionsmilliarde, für welche die Schweiz keine nennenswerte Gegenleistung erhält, klar ab. Ein weiteres Mal hat der Bundesrat die Interessen der EU über die Schweizer Interessen gestellt.
- **15. November 2017:** Der Bundesrat bespricht die Strategie für das Juncker-Treffen. In einem EDA-Papier vom 14. Nov. wird die Zusicherungen der EU betr. der Börsenregulierung erwähnt, die die Schweiz erhalten habe. Der Bundesrat gibt darauf grünes Licht für die Kohäsionsmilliarde.
- **23. November 2017:** Juncker überrascht den Bundesrat damit, dass es betr. der Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Börsen mit denjenigen der EU keine Zusage gibt. Trotz ausbleibender Zusage wird die Kohäsionsmilliarde durch den Bundesrat bestätigt.
- **6. Dezember 2017:** Bundespräsidentin Leuthard sagt im Radio, dass die Schweizer Börsenäquivalenz am morgigen Tag in Brüssel behandelt würde.
- **7. Dezember 2017:** In Brüssel geschieht nichts, obwohl Juncker dieses Datum bei seinem Besuch ausdrücklich nannte (Vizekanzler André Simonazzi: «An diesem Gespräch wurde dieses präzise Datum seitens der EU genannt.»).
- **13. Dezember 2017:** Die EU-Kommission teilt mit, dass sie die Börsenregulierung von Hong Kong, Australien und den USA als gleichwertig anerkenne. Die CH-Börsenregulierung wird nicht behandelt.
- **21. Dezember 2017:** Brüssel anerkennt die Gleichwertigkeit der CH-Börsenregulierung nur für ein Jahr.
- **28. März 2018:** Die Mehrheit im eröffnet die Vernehmlassung zur Kohäsionsmilliarde, ohne eine einzige Konzession seitens der EU erhalten zu haben.

Wer soll bestimmen dürfen, welche Regeln bei uns gelten? Ein ausländisches Gericht oder wir Schweizerinnen und Schweizer?

Stimmen Sie **Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!**

- Sie bestimmen ob ausländische Vergewaltiger, Mörder, Schläger wirklich ausgeschafft werden oder nicht – insbesondere auch in ein EU-Land ausgeschafft werden dürfen oder nicht.
- Sie bestimmen, ob die Schweiz die Zuwanderung selber steuert – und damit über 50-jährige, aber auch Jugendliche wieder Arbeit finden in unserem Land.
- Sie bestimmen, ob Personen wie der Vierfachmörder, Vergewaltiger und Erpresser von Rapperswil lebenslänglich verwahrt werden oder nicht.
- Sie bestimmen ob Pädophile je wieder mit Kindern arbeiten dürfen oder nicht.

➔ **Sagen Sie Ja zu den Menschenrechten und den Rechten der Opfer, Ja zur Selbstbestimmung, Ja zur bewährten Praxis und Rechtssicherheit in unserem Land.**



«Anti-Menschenrechts-Initiative»: Grünler Glättli.



«Selbstzerstörung»: SP-Fraktionschef Nordmann.



Ehre des Landes: FDP-Sprecher Fluri.

Märchenstunde im Bundeshaus

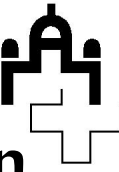
Verdanken wir das Frauenstimmrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention? Gelten Staatsverträge für immer? Warum spricht kaum jemand über den Pferdefuss der Selbstbestimmungsinitiative? Blick auf eine wunderliche Debatte. Von Katharina Fontana

Urteile des Bundesgerichtes

Die Schweiz kennt keinen Richterstaat

Gastkommentar
von MARTIN SCHUBARTH

scheint es Andreas Auer zu gehen. Allein das ist die politische Frage, die der (Verfassungs)gesetz-

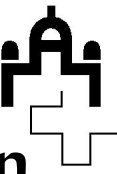


Sollen fremde Richter entgegen dem Schweizer Volk entscheiden, dass kriminelle Ausländer in der Schweiz bleiben dürfen?

Worum es geht

Position der SVP (1/2)

- Die Selbstbestimmungsinitiative bringt die grundlegendste aller politischen Fragen aufs Tapet: Wer macht in der Schweiz die Gesetze? Wer bestimmt, was bei uns gilt? Die Initiative gibt darauf eine klare Antwort: Volk und Stände. Sie sind der oberste Souverän. Rechtlich ausgedrückt heisst das, dass die Verfassung über dem internationalen Recht steht (unter Vorbehalt des zwingenden Völkerrechts, wie etwa des Folterverbots).
- Weil in den letzten Jahren dazu übergegangen wurde, das internationale Recht über das Schweizer Recht zu stellen, verlangt die SVP mit der Selbstbestimmungsinitiative die Rückkehr zur bisherigen Ordnung. Sie will damit unsere bewährte demokratische Ordnung erhalten: die Mitsprache der Bürger im Rahmen der direkten Demokratie und das Recht und die Pflicht des Parlaments, Gesetze im Rahmen der Verfassung zu beschliessen.
- Die Richter in Strassburg legen die EMRK jedoch dynamisch und immer weitergehend aus. Unter dem Titel der Menschenrechte schützt Strassburg Versicherungsbetrüger, Hausbesetzer und kriminelle ausländische Sozialhilfebezüger.
- Gegenüber Übergriffen der Strassburger Richter in die schweizerische Souveränität eine rote Linie gezogen werden: Wo Gerichtsurteile Entscheiden von Volk und Ständen, also unserer Verfassung, widersprechen, müssen unsere Volksentscheide Vorrang haben. Das gilt in Deutschland genau gleich: Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass es Urteile aus Strassburg nicht umsetzen wird, wenn sie dem deutschen Grundgesetz widersprechen. Das Schweizer Stimmvolk hat entschieden – gleich zweimal! –, unter welchen Voraussetzungen kriminelle Ausländer das Land verlassen müssen. Das Schweizer Stimmvolk hat entschieden, dass in der Schweiz keine Minarette gebaut werden dürfen. Diese Volksentscheide sind auf jeden Fall umzusetzen und durchzusetzen.



Sogar die EU ist der Menschenrechtskonvention nicht beigetreten, weil sie keine «fremden» Richter über dem EuGH toleriert

Position der SVP (2/2)

- Die Mitsprache der Bürger im Staat ist ein Menschenrecht. Im Kampf für dieses Recht haben im Verlauf der Geschichte der Menschheit bis zum heutigen Tag Unzählige ihr Leben gelassen. Volksentscheide zu missachten, den betroffenen Menschen das Stimmrecht wegzunehmen, sie mundtot zu machen, ist einer der grössten Angriffe auf die Menschenrechte überhaupt.
- Die anderen Parteien und die Wirtschaftsverbände sehen in der Selbstbestimmungsinitiative eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort. In Wirklichkeit hat die Selbstbestimmungsinitiative auf wirtschaftsbezogene internationale Verträge keinen Einfluss. Denn die Freihandelsabkommen, die die Schweiz mit anderen Ländern abgeschlossen hat oder in Zukunft vielleicht abschliessen wird, stehen mit unserer marktwirtschaftlichen Verfassung in Einklang. Wäre dem nicht so, hätten sie nicht abgeschlossen werden dürfen.
- Interessanterweise hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) einen Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention blockiert, weil es verhindern wollte, dass «fremde» Richter (vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte) über dem Europäische Gerichtshof (EuGH) stünden.

Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat lehnt die Selbstbestimmungsinitiative (17.046) ohne Gegenvorschlag ab. Auch der Nationalrat lehnte die Initiative mit 129 zu 68 Stimmen ab. Die Volksinitiative der SVP wurde von keiner Partei ausser den eigenen Vertretern in den Räten unterstützt.
- Während ein Gegenvorschlag im Ständerat noch mit 27 zu 15 Stimmen verworfen wurde, wurde ein in der nationalrätlichen Kommission eingebrachter Gegenvorschlag von Nationalrat Gerhard Pfister während der Ratsdebatte von ihm zurückgezogen.
- Die Selbstbestimmungsinitiative kommt voraussichtlich am Sonntag, 25. November 2018 zur Abstimmung

Die Selbstbestimmungsinitiative fand ausserhalb der SVP keine Unterstützung, dies obwohl es sich für zahlreiche Redner um ein berechtigtes Anliegen handelt

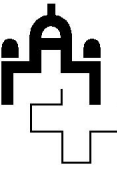
Addor	-	V	VS
Aebi Andreas	-	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Amaudruz	-	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	-	V	BE
Arnold	-	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzzone	+	C	GE
Barrile	+	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	+	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bendahan	+	S	VD
Bertschy	+	GL	BE
Bigler	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	-	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner Hansjörg	+	RL	TG
Brunner Toni	-	V	SG
Büchel Roland	-	V	SG
Buffat	-	V	VD
Bühler	-	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	-	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	-	V	TI
Clottu	-	V	NE
Crottaz	E	S	VD
de Buman	P	C	FR
de Courten	-	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	+	RL	VD
Detting	-	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger	+	C	VS
Egloff	-	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	-	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlmann Riele	+	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	-	V	BS
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Geissbühler	-	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	-	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glamer	-	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Glauser	-	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	-	V	GE
Gössli	+	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	-	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	-	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Gugger	+	C	ZH
Guhl	+	BD	AG
Gutjahr	-	V	TG
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Hausammann	-	V	TG
Heer	-	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	-	V	TG
Hess Erich	-	V	BE
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	-	V	SH
Imark	-	V	SO
Jans	+	S	BS
Jauslin	+	RL	AG

Kälin	+	G	AG
Keller Peter	-	V	NW
Keller-Inhelder	-	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	-	V	AG
Köppel	-	V	ZH
Kutter	+	C	ZH
Landolt	0	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand-Balet	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	-	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	-	V	ZH
Mazzone	+	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Molina	+	S	ZH
Moret	+	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	-	V	SG
Müller Walter	+	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	-	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	-	V	VD
Nidegger	-	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Paganini	+	C	SG
Page	-	V	FR
Pantani	-	V	TI
Pardini	+	S	BE
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	-	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	-	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG

Reimann Maximilian	-	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	-	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	-	V	FR
Ritter	+	C	SG
Roduit	+	C	VS
Romano	+	C	TI
Rösti	-	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	-	V	VS
Rutz Gregor	-	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmann	-	V	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	+	S	FR
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Siegenthaler	+	BD	BE
Sollberger	-	V	BL
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	-	V	ZH
Stamm	-	V	AG
Steinemann	-	V	ZH
Streiff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Töngi	+	G	LU
Tornare	+	S	GE
Trede	+	G	BE
Tuena	-	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	-	V	ZH
von Siebenthal	-	V	BE
Walliser	-	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	-	V	SO
Wüthrich	+	S	BE
Zanetti Claudio	-	V	ZH
Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	12	42		7	33	29	6	129
- Nein / non / no			68					68
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1						1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto							1	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1



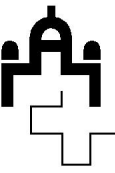
Im Rahmen von Schengen/Dublin greift die EU die Schweizer Milizarmee an – Nein zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie

Worum es geht

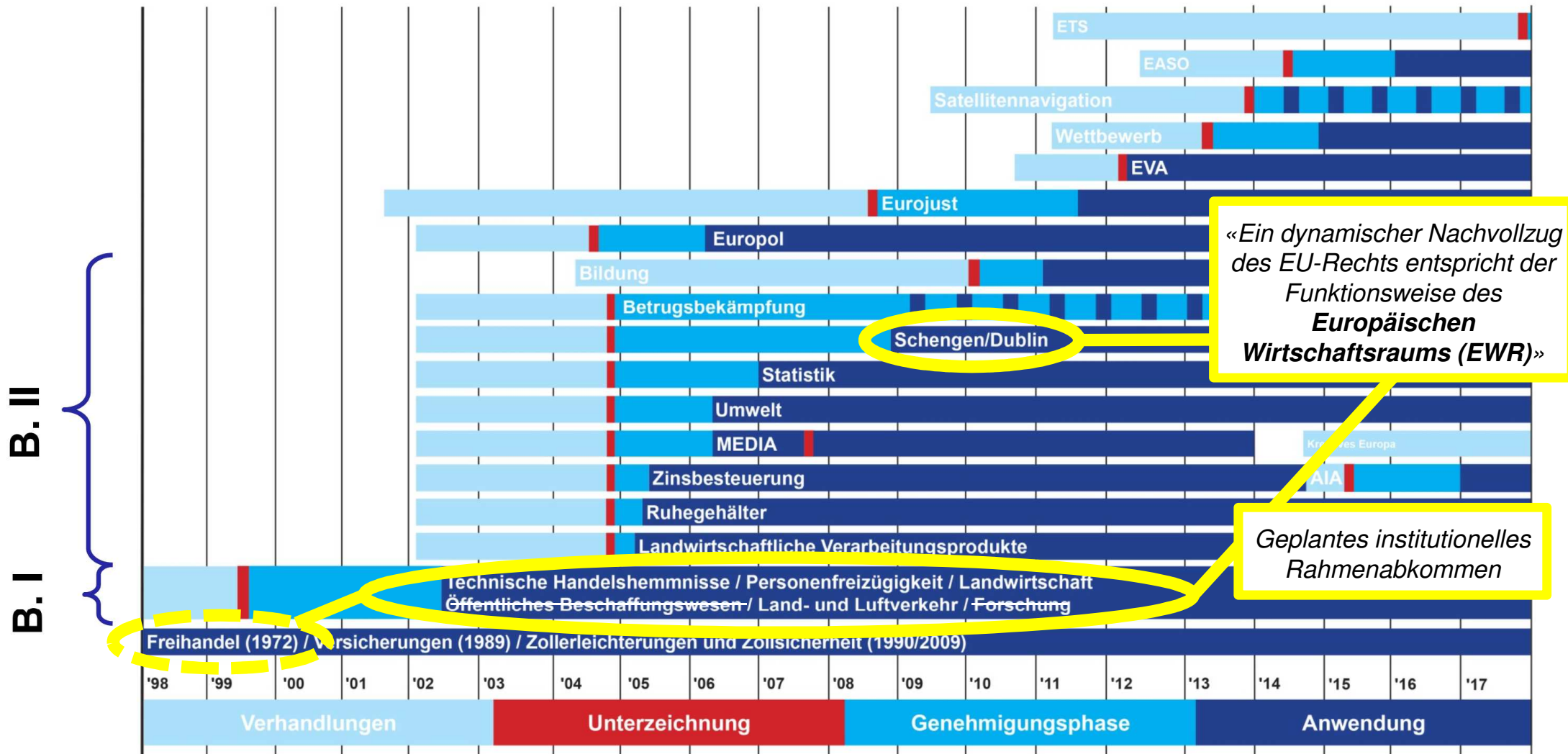
Die EU-Waffenrichtlinie wurde vor dem Hintergrund terroristischer Anschläge in Europa ausgearbeitet. Waffen mit denen mehrere Schüsse ohne Nachladen abgegeben werden können, sollen verboten werden und der Informationsaustausch im Schengenraum verstärkt werden. Eine Ordonnanzwaffe der Schweizer Armee, das Sturmgewehr 90, wäre somit fortan eine verbotene Waffe. Weitere Anpassungen des Schweizer Waffenrechts:

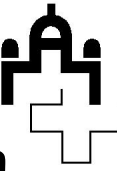
- **Zwang zur Vereinsmitgliedschaft:** Sportschützen können weiterhin mit Sturmgewehren schießen, wenn sie entweder Mitglied in einem Schiessverein sind oder nachweisen können, dass sie regelmässig schießen.
- **Zwang zur Nachregistrierung:** Wer bereits eine Waffe besitzt, die gemäss Richtlinie verboten ist, muss dies innerhalb von drei Jahren beim kantonalen Waffenbüro bestätigen lassen.
- **Zwang zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie:** Die Schweiz hat nur bis am 19. Mai 2019 Zeit, die EU-Waffenrichtlinie umzusetzen. Falls sie dies nicht tut, könnte dies zur Kündigung des Schengen-Abkommens führen, da das Schengen/Dublin-Akommen ein sogenannt «dynamisches» Abkommen ist.
- Die SVP lehnt die geplanten Änderungen des Waffengesetzes klar ab. Die SVP fordert, dass der im Entwurf vorgesehene Vereinszwang, die Nachregistrierung von halbautomatischen Feuerwaffen, der Bedürfnisnachweis für Sammler sowie die neuen Waffenkategorien gestrichen werden.

Position der SVP



Das Schengen/Dublin-Abkommen ist «dynamisch», womit die Schweiz jegliche Weiterentwicklungen zwingend übernehmen muss





Bei einer Übernahme der EU-Waffenrichtlinie wird die EU schon morgen weitere Gesetzesanpassungen von der Schweiz fordern

Ergebnis in den Räten

Der Nationalrat behandelte die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie während der Sommersession. Zahlreiche negative Punkte sind weiterhin Teil der Vorlage:

- Zweiklassensystem bei den Schützen: Wehrmänner/-frauen die oft Schiessen und ihre eigene Armeewaffe aus Verschleiss- oder Präzisionsgründen tauschen bzw. eine andere Armeewaffe erwerben, müssen eine Ausnahmegewilligung haben, damit sie diese Ersatzwaffe erwerben können. Der fleissige Schütze wird somit bestraft.
- Der notwendige Besitzstand wird nicht gewährt. Wer bereits legal eine bisher von der Registrierungspflicht ausgenommene halb-automatische Waffe besitzt, muss sich diesen Besitz «bestätigen» lassen. Das kommt einer Nachregistrierung von hunderttau-senden Waffen gleich.
- Wird einem Schützen eine Ausnahmegewilligung nicht erteilt, wird sein Name im Schengen Informationssystem (SIS) erfasst.
- Nach wie vor ist der Rekurs der Tschechischen Republik offen. Sie beanstanden, dass die Terrorabwehr keine europäische, sondern eine innerstaatliche Aufgabe sei. Somit sei die EU gar nicht legitimiert, mit dieser Begründung Waffenrecht zu verschärfen.
- Alle 5 Jahre wird die EU prüfen, wie die neue Gesetzesverschärfung greift bzw. sich auf die Terrorabwehr auswirkt und als Konsequenz neue Massnahmen beschliessen. Eine weitere Verschärfung des Waffenrechts liegt auf der Hand.

Der Nationalrat stimmte der Übernahme der EU-Waffenrichtlinie mit 114 zu 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen zu. Als nächstes geht das Geschäft in den Ständerat.

1 Schweiz-EU: Übernahme EU-Waffenrichtl.

**Einzig die SVP-Fraktion
und 3 FDPler lehnten
die der Schweiz von der
EU aufgezwungene
Verschärfung der
Waffengesetzgebung ab**

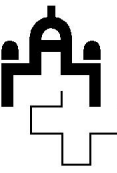
Addor	-	V	VS
Aebi Andreas	-	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Amadruz	-	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	-	V	BE
Arnold	-	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzone	+	C	GE
Barrile	+	S	ZH
Bauer	-	RL	NE
Bäumle	+	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bendahan	=	S	VD
Bertschy	+	GL	BE
Bigler	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	=	S	LU
Borloz	=	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	-	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner Hansjörg	+	RL	TG
Brunner Toni	-	V	SG
Büchel Roland	-	V	SG
Buffat	-	V	VD
Bühler	-	V	BE
Bulliard	0	C	FR
Burgherr	-	V	AG
Burkart	-	RL	AG
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	-	V	TI
Clottu	-	V	NE
Crottaz	+	S	VD
de Buman	P	C	FR
de Courten	-	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	+	RL	VD
Dettling	-	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger	+	C	VS
Egloff	-	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	-	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehrmann Rielle	+	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	-	V	BS
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Geissbühler	-	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	-	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glamer	-	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Glauser	-	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	-	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	-	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	-	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Gugger	+	C	ZH
Guhl	+	BD	AG
Gutjahr	-	V	TG
Gysi	+	S	SG
Hadorn	=	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Hausamann	-	V	TG
Heer	-	V	ZH
Heim	=	S	SO
Herzog	-	V	TG
Hess Erich	-	V	BE
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	-	V	SH
Imark	-	V	SO
Jans	+	S	BS
Jauslin	+	RL	AG

Kälin	E	G	AG
Keller Peter	-	V	NW
Keller-Inhelder	-	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	-	V	AG
Köppel	0	V	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand-Balet	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	-	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	-	V	ZH
Mazzone	+	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Molina	0	S	ZH
Moret	+	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	0	C	LU
Müller Thomas	0	V	SG
Müller Walter	-	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	-	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	-	V	VD
Nidegger	-	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Paganini	+	C	SG
Page	-	V	FR
Pantani	-	V	TI
Pardini	+	S	BE
Pezzatti	=	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	-	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	-	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG
Reimann Maximilian	0	V	AG

Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	-	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	-	V	FR
Ritter	+	C	SG
Roduit	+	C	VS
Romano	+	C	TI
Rösti	-	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	-	V	VS
Rutz Gregor	-	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmänn	-	V	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schenker Silvia	=	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schmid-Federer	0	C	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	=	S	FR
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Siegenthaler	+	BD	BE
Sollberger	-	V	BL
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	-	V	ZH
Stamm	0	V	AG
Steinemann	-	V	ZH
Streiff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Töngi	+	G	LU
Tornare	+	S	GE
Trede	+	G	BE
Tuena	-	V	ZH
Vitali	0	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	-	V	ZH
von Siebenthal	-	V	BE
Walliser	-	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	-	V	SO
Wüthrich	+	S	BE
Zanetti Claudio	-	V	ZH
Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	11	36		7	26	27	7	114
- Nein / non / no			64			3		67
= Enth. / abst. / ast.		6				2		8
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	1							1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	4		3	1		9
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1



Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten Länder tun

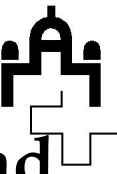
Probleme der masslosen Zuwanderung endlich lösen

Zuwanderung eigenständig regeln

Personenfreizügigkeit notfalls kündigen

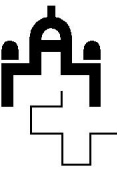
- Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr wandern 60'000 bis 80'000 Personen mehr in unser Land ein als es verlassen. Die negativen Folgen sind schmerzhaft: Einheimische Arbeitsplätze werden zusehends gefährdet, namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt, der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen und die Landschaft wird zubetoniert. Züge, Strassen und Schulen platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere Kultur. Plätze, Züge und Strassen werden unsicherer. Hinzu kommt, dass praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche.
- Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten erfolgreichen Länder der Welt tun. Es käme ihnen nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren. Vielmehr verschärfen sogar viele Länder vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze.
- Der Bundesrat wird beauftragt, auf dem Verhandlungsweg das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU spätestens zwölf Monate nach Annahme der Begrenzungs-Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.





Im Überblick: Es ist zu verhindern, dass internationales Recht und damit fremde Richter über das Schweizer Volk gestellt werden

	Institutionelles Rahmenabkommen	Selbstbestimmungsinitiative	Begrenzungsinitiative
Worum es geht	EU-Recht und EU-Richter statt Schweizer Recht	Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihm vor, unter Vorbehalt der zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.	Die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern soll wieder eigenständig geregelt werden.
Was die Folgen sind	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zwingende Übernahme EU-Recht = Entmachtung Bürger ▪ Unterstellung unter fremde Gerichte = Gegen CH Souveränität ▪ EU kann Sanktionen ergreifen ▪ EU-Überwachungsinstanz ▪ Jährliche Kohäsionszahlungen ▪ Die EU ordnet an = EU-Beitritt in Raten = Ende des bilateralen Weges 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gemäss Art. 5 BV ist Völkerrecht zu beachten ▪ Bundesgericht urteilt, dass vom Volk angenommene Initiativen bei Konflikt mit «Völkerrecht» nicht anwendbar sind ▪ Bundesgericht stellt internationales Recht über Schweizer Recht (Änderung der Rechtsprechung) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eigenständige Steuerung, d.h. Kontingente und Höchstzahlen ▪ Bewährte Lösung, welche die Schweiz von 1970-2007 praktizierte ▪ Kündigung des EU-FZA, falls Ausserkraftsetzung auf Verhandlungsweg nicht möglich
Was zu tun ist	Das institutionelle Rahmenabkommen muss zwingend abgelehnt werden	Die Selbstbestimmungsinitiative muss unbedingt angenommen werden	Unterschreiben Sie die Begrenzungsinitiative!



Der Bundesrat plant entgegen dem Willen des Nationalrats die «Markttöffnung im Agrarbereich mit der EU»

Worum es geht

- In der Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik vom 1. November 2017 (18.044) beschrieb der Bundesrat auf den Seiten 52 bis 59 die folgenden drei Szenarien: «Vollständige Markttöffnung im Agrarbereich im Rahmen eines Freihandelsabkommens mit der EU», «Teilweise Markttöffnung im Agrarbereich im Rahmen eines Freihandelsabkommen mit der EU» und «Teilweise Markttöffnung im Agrarbereich im Rahmen von Freihandelsabkommen mit Mercosur».
- Um die Einkommensverluste der Bäuerinnen und Bauern durch Markttöffnung mit der EU und dem Mercosur zu kompensieren, schlug der Bundesrat «eine – teilweise befristete – Erhöhung der Mehrwertsteuer» «um 0,4 Prozentpunkte» auf allen Sätzen vor.

Position der SVP

- Die SVP – wie auch die Bäuerinnen und Bauern – lehnt diese drei vom Bundesrat aufgezeigten Szenarien entschieden ab. Es soll auf ein weiteres bilaterales Abkommen mit der EU zur Markttöffnung im Agrarbereich verzichtet werden.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat wies die Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik mit 108 zu 74 Stimmen bei 7 Enthaltungen an den Bundesrat zurück.
- Trotz dieses klaren Votums stellte der Bundesrat an seiner Sitzung vom Freitag, 15. Juni 2018 die Weichen für die Agrarpolitik 2022+. Er tat dies – entgegen des durch den Nationalrat beschlossenen Rückweisungsauftrags – ohne neue und klare Gesamtschau, ohne neuen Fahrplan und ohne Auswertung der Zielerreichung Agrarpolitik (AP 14-17).
- Die SVP verlangte in der Folge eine sofortige Unterredung mit Bundesrat Schneider-Ammann.

Rückweisung des Berichts an den Bundesrat mit dem Auftrag, die folgenden Punkte zu berücksichtigen und aufzunehmen:

Mehrheit

3. Die nächste Agrarreform ist unter Berücksichtigung des Artikels 104a der Bundesverfassung zur Ernährungssicherheit auszugestalten.

Mehrheit

Ablehnung der Rückweisung

Minderheit (Walti Beat, Bertschy, Bigler, Birrer-Heimo, Gössi, Jans, Lüscher, Marra, Masshardt, Wasserfallen)

2. Streichen

Minderheit (Jans, Bertschy, Bigler, Birrer-Heimo, Gössi, Lüscher, Marra, Masshardt, Rytz Regula, Walti Beat, Wasserfallen)

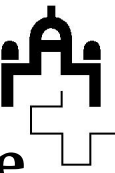
4. Streichen

Abstimmung vom / Vote du: 04.06.2018 19:39:39

Ador	+ V	VS	Eymann	- R	LS	Kälin	- G	AG	Reynard	- S	VS	
Aebi Andreas	+ V	BE	Fassler Daniel	+ C	BS	Keller Peter	+ V	NW	Rickli Natalie	+ V	ZH	
Aebischer Matthias	- S	BE	Fehrmann Riele	- S	GE	Keller-Inhelder	+ V	SG	Riklin Kathy	0	C	
Aeschi Thomas	+ V	ZG	Feller	+ RL	VD	Kienner Nellen	- S	BE	Rime	+ V	FR	
Aemaulrud	+ V	GE	Fey Yvonne	- S	AG	Knecht	+ V	V	Ritter	+ C	SG	
Amend	+ C	VS	Fiala	E	RL	Koppel	+ V	ZH	Rodt	0	C	
Ammann	+ C	AG	Flach	GL	AG	Landi	+ V	BD	Romano	TI	+ T	
Amstutz	+ V	BE	Flückiger Sylvia	+ V	AG	Leutenegger Oberholzer	- S	BL	Rösi	+ V	VE	
Arnold	+ V	UR	Fluri	- RL	SO	Lohr	+ C	TG	Ritz Rebecca	- S	BD	
Arslan	- G	BS	Frehner	+ V	BS	Lüscher	- RL	GE	Ruppen	+ V	VS	
Badran Jacqueline	- S	ZH	Fridöz	E	S	Maier Jacques-André	- S	NE	Rütz Gregor	+ V	ZH	
Baranze	+ C	GE	Friedl	- S	SG	Marchand-Balet	+ C	VS	Rütz Regula	- G	BE	
Bär	- S	ZH	Gastaldi	- S	ZH	Markwald	+ RL	BE	Sälzmann	- S	AG	
Bauer	- RL	NE	Gesäßhuber	+ V	BE	Marr	- VD	VD	Sauter	- RL	ZH	
Bäumle	- GL	ZH	Geneacand	- RL	GE	Mari	0	S	Schenker Silvia	- S	BS	
Aebi	+ C	VD	Giezendanner	+ V	AG	Martullo	+ V	GR	Schilliger	- RL	LU	
Aeschi Th	- S	VD	Girod	+ G	ZH	Masshardt	- S	BE	Schnied-Federer	0	C	
Aemaulrud	Bertschy	- GL	Glanzmann	+ C	LU	Matter	+ V	ZH	Schnieberg	- RL	ZH	
Amend	Bär	- S	Gruber	+ V	AG	Matzorne	- RL	SG	Schneider Schmitz	- S	AG	
Ammann	Biner-Heimo	- S	Giatti	- G	ZH	Merlini	- RL	TI	Schneider-Schneider	0	C	
Amstutz	Borloz	+ RL	Glauser	+ V	VD	Meyer Mattea	- S	ZH	Schwander	+ V	SZ	
Arnold	Bourgeois	+ RL	Gmür Alois	+ C	SZ	Molina	- S	ZH	Seller Graf	- S	ZH	
Arslan	Brand	+ V	Gmür-Schönenberger	0	C	Moret	- RL	VD	Semadeni	- S	GR	
Badran	Bräuner	- G	Goley	+ V	GE	Moser	- GL	ZH	Sengenhalder	+ BD	BE	
Baranze	Brunner Hansjörg	- RL	Gloss	- RL	TG	Müller Leo	+ V	SG	Schäfer Leo	- S	AG	
Bärle	Brunner Th	+ V	Grat Maya	- G	BL	Müller Thomas	+ V	SG	Sommavilla Carlo	- S	GE	
Bauer	Büchel Roland	+ V	Grat-Lüscher	+ V	TG	Müller Walter	+ RL	SG	Stamm	+ V	ZH	
Bäumle	Buffat	+ V	Grin	- S	VD	Müller-Altermatt	+ C	SO	Shahi	+ V	AG	
Bégle	Bühler	+ V	Grossen Jürg	- GL	BE	Munz	- S	SH	Steinmann	+ V	ZH	
Bendahan	Bullard	+ C	Grunder	- BD	BE	Muri	+ V	LU	Straff	- C	BE	
Bertschy	Burgher	- RL	Gruber	- RL	LU	Nad	+ V	ZH	Thöni Goumaz	- S	AG	
Bisler	Burkart	- RL	AG	+ C	JU	Nantermod	- RL	VS	Töngg	0	S	
Birrer-Hein	Campbell	+ BD	Gugger	- C	ZH	Nicotet	+ V	VD	Torre	- G	GE	
Borloz	Candinas	+ C	Gulhi	+ BD	AG	Niedegger	+ V	GE	Trede	- G	BE	
Bourgeois	Carobbo Gusselti	- S	Guljahr	+ V	TG	Nordmann	+ V	SG	Tuena	+ V	ZH	
Brand	Chataone	- RL	Gyri	- S	SG	Nussbaumer	- S	BL	Viall	+ RL	LU	
Brizaz	Chavaley	- S	Hagen	- S	SO	Obereggen	- S	VS	Vogler OWI	- S	AG	
Brunner H	Chavall	+ V	Hardigger	- S	ZH	Page	+ V	FR	Vogl	+ V	ZH	
Brunner T	Cloutu	+ V	Hausmann	+ V	TG	Pantani	+ V	TI	von Siebenthal	+ V	BE	
Büchel Rol	Crottaz	- S	Heer	+ V	ZH	Pardini	- S	BE	Walliser	+ V	ZH	
Buffat	de Buman	P	C	FR	Heim	- S	SO	Walz Beat	- RL	ZH		
Bühler	de Courten	+ V	BL	Herzog	+ V	TG	Pfezatti	+ C	ZG	Wasserfallen Christian	- RL	BE
Bullard	de Russelle	- S	GE	Hess Erich	- V	SG	Pieren	+ V	SG	Wasserfallen Flavia	+ V	AG
Burkart	Derder	- RL	VD	Hess Lorenz	+ BD	BE	Piller Carrard	- S	FR	Wehrli	- RL	VD
Burgher	Detting	+ V	SZ	Hiltbold	- RL	GE	Portmann	- RL	ZH	Webel	- GL	ZH
Burkart	Dobler	- RL	SG	Humbel	+ C	AG	Quadranti	- BD	ZH	Wermuth	0	S
Candinas	Egger	+ C	VS	Hurter Thomas	+ V	SH	Quadri	+ V	TI	Wobmann	+ V	SG
Carobbo C	Ellgott	+ V	ZH	Imark	+ V	SO	Ragazzi	+ V	TI	Wubrich	0	S
Catano	Eichenberger	- RL	AG	Jams	- S	BS	Reimann Lukas	+ V	SG	Zanetti Claudio	+ V	BE
Cavallo	Eshmann	+ V	LU	Jauslin	- RL	AG	Reimann Maximilian	+ V	AG	Zürcher Obadio	- S	AR

Chiesa Gloria	Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
Crociati de Buman de Courter de la Reus	+ Ja / oui / sì - Nein / non / no = Enth. / abst. / ast.	12	38	68	7	2	25	2	102
Dender	E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1			1		2
Delfing Dahler	0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			4			5		9
Egger	P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/président ne prend pas part aux votes					1			1

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / sì	12	7	68		23	3	7	120
- Nein / non / no		28		7		27		62
= Enth. / abst. / ast.		3			1	2		6
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1				1		2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4			5			9
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidence/le président ne prend pas part aux votes								



Bei der Aktienrechtsrevision beschloss der Nationalrat zahlreiche zusätzliche Regulierungen zulasten des CH-Wirtschaftsstandorts

Worum es geht

- Der Bundesrat will mit der Vorlage 16.077 das Aktienrecht modernisieren und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der nächsten Jahre anpassen. Die Gründungs- und Kapitalbestimmungen sollen flexibler ausgestaltet und das Aktienrecht auf das neue Rechnungslegungsrecht abgestimmt werden. Weiter schlägt der Bundesrat Geschlechterrichtwerte für grosse börsenkotierte Unternehmen vor. Schliesslich sieht er auch neue Bestimmungen für die Regelung der Transparenz bei wirtschaftlich bedeutenden, in der Rohstoffförderung tätigen Unternehmen vor.

Position der SVP

- Die SVP fordert eine Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat mit dem Auftrag, eine Vorlage zu erarbeiten in der die Bestimmungen aus der Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV) unverändert ins Aktienrecht und in die anderen notwendigen Erlasse überführt werden. Auf weitere formelle oder materielle Änderungen des Aktienrechts und/oder der anderen Erlasse ist zu verzichten.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat debattierte intensiv über die Revision des Aktienrechts (16.077). Mit 95:94 entschied sich der Nationalrat mit einer hauchdünnen Mehrheit für eine Frauenquote in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen von börsenkotierten Unternehmen.
- Der indirekte Gegenvorschlag zur linken Konzernverantwortungsinitiative wurde aus dem Paket ausgegliedert, aber mehrheitlich angenommen.
- Gegen den Willen der SVP bestand der Rat auf Transparenzbestimmungen für Firmen, die in der Rohstoffgewinnung tätig sind.
- Das Geschäft geht jetzt in den Ständerat.

Der Nationalrat ist der Meinung, dass neu der Staat bei der Vertretung der Geschlechter in privaten Firmen mitsprechen müsse

Der Nationalrat beschloss, einen neuen Art. 734f ins Obligationenrecht aufzunehmen:

«VII. Vertretung der Geschlechter im Verwaltungsrat und in der Geschäftsleitung»:

«Sofern nicht **jedes Geschlecht mindestens zu 30 Prozent im Verwaltungsrat und zu 20 Prozent in der Geschäftsleitung** vertreten ist, sind im Vergütungsbericht bei Gesellschaften, welche die Schwellenwerte gemäss Artikel 727 Absatz 1 Ziffer 2 Obligationenrecht¹⁾ überschreiten, anzugeben:

1. die Gründe, weshalb die Geschlechter nicht wie vorgesehen vertreten sind; und
2. die Massnahmen zur Förderung des weniger stark vertretenen Geschlechts.»



1) Schwellenwerte gemäss Artikel 727 Absatz 1 Ziffer 2 OR: Gesellschaften, die zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten: Bilanzsumme von 20 Millionen Franken, Umsatzerlös von 40 Millionen Franken; 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt.

Quelle: Tagesanzeiger vom Freitag, 28. November 2014

Wegen fünf Abweichlern bei der FDP und der deutlichen Unterstützung durch die CVP fand die neue bürokratische Regulierung für private Firmen betr. der Vertretung der Geschlechter im Verwaltungsrat und in der Geschäftsleitung eine Mehrheit im Nationalrat

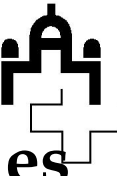
Addor	-	V	VS
Aebi Andreas	-	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Amaudruz	-	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	-	V	BE
Arnold	-	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzzone	+	C	GE
Barrile	+	S	ZH
Bauer	-	RL	NE
Bäumle	0	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bendahan	+	S	VD
Bertschy	+	GL	BE
Bigler	-	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	0	RL	VD
Bourgeois	-	RL	FR
Brand	-	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner Hansjörg	-	RL	TG
Brunner Toni	-	V	SG
Büchel Roland	-	V	SG
Buffat	-	V	VD
Bühler	-	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	-	V	AG
Burkart	-	RL	AG
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cattaneo	-	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	-	V	TI
Clottu	-	V	NE
Crottaz	+	S	VD
de Buman	P	C	FR
de Courten	-	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	-	RL	VD
Detting	-	V	SZ
Dobler	-	RL	SG
Egger	=	C	VS
Egloff	-	V	ZH
Eichenberger	-	RL	AG
Estermann	-	V	LU

Eymann	-	RL	BS
Fässler Daniel	-	C	AI
Fehlmann Riele	+	S	GE
Feller	0	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Fluri	-	RL	SO
Frehner	-	V	BS
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Geissbühler	-	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	-	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	-	C	LU
Glamer	-	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Glauser	=	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	-	V	GE
Gössi	-	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	-	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	-	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Gugger	+	C	ZH
Guhl	+	BD	AG
Gutjahr	-	V	TG
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Hausammann	-	V	TG
Heer	-	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	-	V	TG
Hess Erich	-	V	BE
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	-	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	-	V	SH
Imark	-	V	SO
Jans	+	S	BS
Jauslin	-	RL	AG

Kälin	+	G	AG
Keller Peter	-	V	NW
Keller-Inhelder	-	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	-	V	AG
Köppel	0	V	ZH
Kutter	0	C	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	-	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand-Balet	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	-	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	-	V	ZH
Mazzone	+	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Molina	+	S	ZH
Moret	0	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	0	C	LU
Müller Thomas	-	V	SG
Müller Walter	-	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	-	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	-	V	VD
Nidegger	-	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Paganini	+	C	SG
Page	-	V	FR
Pantani	-	V	TI
Pardini	+	S	BE
Pezzatti	-	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	-	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	-	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	-	V	TI
Regazzi	-	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG

Reimann Maximilian	-	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	-	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	-	V	FR
Ritter	+	C	SG
Roduit	+	C	VS
Romano	+	C	TI
Rösti	-	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	-	V	VS
Rutz Gregor	-	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmann	-	V	BE
Sauter	-	RL	ZH
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	-	RL	LU
Schneeberger	-	RL	BL
Schneider Schüttel	+	S	FR
Schneider-Schneiter	=	C	BL
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Sernadeni	+	S	GR
Siegenthaler	+	BD	BE
Sollberger	-	V	BL
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	-	V	ZH
Stamm	-	V	AG
Steinemann	-	V	ZH
Streiff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Töngi	+	G	LU
Tornare	+	S	GE
Trede	+	G	BE
Tuena	-	V	ZH
Vitali	-	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	-	V	ZH
von Siebenthal	-	V	BE
Walliser	-	V	ZH
Walti Beat	-	RL	ZH
Wasserfallen Christian	-	RL	BE
Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Wehrli	-	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	-	V	SO
Wüthrich	+	S	BE
Zanetti Claudio	-	V	ZH
Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	12	43		6	5	22	7	95
- Nein / non / no			66		25	3		94
= Enth. / abst. / ast.			1			2		3
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1	1	3	2		7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1



Der Nationalrat hat weiter im Bereich der Menschenrechte und des Umweltschutzes im Ausland eine Beweislastumkehr beschlossen

Ein in die Irre führender Schweizer Alleingang

Die Juristen Peter Böckli und Christoph B. Bühler führen gewichtige Einwände gegen die Konzernverantwortungsinitiative ins Feld

SERGIO AIOLFI

Grosskonzerne an die kurze Leine nehmen – das Anliegen lässt sich politisch gut vermarkten. Und die Konzernverantwortungsinitiative, die das Postulat in die Tat umzusetzen verspricht, scheint bei vielen Stimmbürgern Anklang zu finden. Gleichwohl ist das Volksbegehren verfänglich. Kurz bevor das Parlament am Donnerstag im Rahmen der Aktienrechtsrevision über die Initiative debatiert, melden sich zwei Experten zu Wort, die auf die damit verbundenen Verstrickungen hinweisen. Die Juristen und Universitätsdozenten Peter Böckli und Christoph B. Bühler haben den Initiativtext einer genauen Prüfung unterzogen und präsentieren ihre Erkenntnisse nun in einem Buch*. Ihr Fazit ist klar: Das von 60 Nichtregierungsorganisationen lancierte Begehren, das von Firmen mit Sitz in der Schweiz verlangt, Menschenrechte und Umweltstandards weltweit einzuhalten, würde bei einer Annahme mehr Probleme schaffen als lösen.

Überdehnte Verantwortung

Nach Meinung der Autoren macht die Initiative Handlungsbedarf in Bereichen geltend, wo keiner besteht. So verweisen sie etwa darauf, dass die geforderte



Für den Fall eines Ja zur Konzernverantwortungsinitiative sehen Experten schwarz. Im Bild ein Minenarbeiter in Kanada. BLOOMBERG

angelsächsischen und französischen Raum geltenden Regeln hinausgeht.

«Arroganter Unterton»

Das Volksbegehren fordert schliesslich, dass Schäden, die von ausländischen Tochterfirmen oder Zulieferunternehmen der Konzerne angerichtet wurden, in der Schweiz einklagbar sein sollen. Das soll verhindern, dass Unternehmen einer Haftung entgehen, nur weil der Ort des Verstoffes keine Bestimmungen kennt, die mit den Schweizer Gesetzen vergleichbar wären. Nach Böckli und Bühler stünde eine solche Regelung jedoch im Widerspruch zur Lugano-Übereinkunft, einem Staatsvertrag, der vorsieht, dass zur Beurteilung von Schäden grundsätzlich die Gerichte am ausländischen Sitz einer Tochter zuständig sind. Probleme entstünden deshalb, weil die Übereinkunft nicht einseitig geändert werden kann. Die Autoren kritisieren auch den «arroganten Unterton», der in der Initiative mitschwingt: Man gehe davon aus, dass die Schweiz besser als ein Gastland wisse, wie rechtliche Werte auf dieser Welt durchzusetzen seien.

Die von den Initianten angestrebte Neuerung schafft auch ein praktisches Problem; ein Schweizer Richter müsste möglicherweise über Begebenheiten ent-

Quelle: NZZ vom Mittwoch, 13. Juni 2018

TA / 20. Juni 2018

Einzig die SVP lehnte den indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative grossmehrheitlich ab

Addor	-	V	VS
Aebi Andreas	-	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Amaudruz	-	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	-	V	BE
Arnold	-	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzzone	+	C	GE
Barile	+	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	+	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bendahan	+	S	VD
Bertschy	+	GL	BE
Bigler	0	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	-	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner Hansjörg	+	RL	TG
Brunner Toni	-	V	SG
Büchel Roland	-	V	SG
Buffat	-	V	VD
Bühler	0	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	-	V	AG
Burkart	-	RL	AG
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	-	V	TI
Clottu	-	V	NE
Crottaz	+	S	VD
de Buman	P	C	FR
de Courten	-	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	+	RL	VD
Dettling	-	V	SZ
Dobler	-	RL	SG
Egger	+	C	VS
Egloff	-	V	ZH
Eichenberger	-	RL	AG
Estermann	-	V	LU

Eymann	-	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlmann Riele	+	S	GE
Feller	+	RL	VD
Féri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	-	V	BS
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Geissbühler	-	V	BE
Genecand	-	RL	GE
Giezendanner	-	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glamer	-	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Glauser	+	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	-	V	GE
Gössi	-	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	-	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Gugger	+	C	ZH
Guhl	+	BD	AG
Gutjahr	-	V	TG
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Hausammann	+	V	TG
Heer	-	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	-	V	TG
Hess Erich	-	V	BE
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	-	V	SH
Imark	-	V	SO
Jans	+	S	BS
Jauslin	+	RL	AG

Kälin	+	G	AG
Keller Peter	-	V	NW
Keller-Inhelder	-	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	-	V	AG
Köppel	-	V	ZH
Kutter	+	C	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand-Balet	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	-	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	-	V	ZH
Mazzone	+	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Molina	+	S	ZH
Moret	-	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	-	V	SG
Müller Walter	-	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	-	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	-	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Paganini	+	C	SG
Page	-	V	FR
Pantani	-	V	TI
Pardini	+	S	BE
Pezzatti	-	RL	ZG
Pfister Gerhard	=	C	ZG
Pieren	-	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	-	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG

Reimann Maximilian	-	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	-	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	0	V	FR
Ritter	+	C	SG
Roduit	+	C	VS
Romano	+	C	TI
Rösti	-	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	-	V	VS
Rutz Gregor	-	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmann	-	V	BE
Sauter	-	RL	ZH
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	-	RL	LU
Schneeberger	-	RL	BL
Schneider Schüttel	+	S	FR
Schneider-Schneiter	=	C	BL
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Siegenthaler	+	BD	BE
Sollberger	-	V	BL
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	-	V	ZH
Stamm	-	V	AG
Steinemann	-	V	ZH
Streff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Töngi	+	G	LU
Tornare	+	S	GE
Trede	+	G	BE
Tuena	-	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	-	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	-	RL	BE
Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	-	V	SO
Wüthrich	+	S	BE
Zanetti Claudio	-	V	ZH
Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	12	43	6	7	19	27	7	121
- Nein / non / no			60		13			73
= Enth. / abst. / ast.						2		2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2		1			3
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

In der
Gesamtabstimmung
wurde die Vorlage inkl.
Frauenquote, indir.
Gegenvorschlag zur
Konzernverant-
wortungsinitiative und
Transparenz-
bestimmungen bei
Rohstoffunternehmen
knapp mit 101 zu 94
Stimmen angenommen

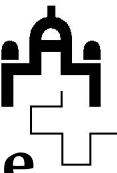
Addor	-	V	VS
Aebi Andreas	-	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Amaudruz	-	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	-	V	BE
Arnold	-	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzzone	+	C	GE
Barrile	+	S	ZH
Bauer	-	RL	NE
Bäumle	+	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bendahan	+	S	VD
Bertschy	+	GL	BE
Bigler	-	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	-	RL	VD
Bourgeois	-	RL	FR
Brand	-	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner Hansjörg	-	RL	TG
Brunner Toni	-	V	SG
Büchel Roland	-	V	SG
Buffat	-	V	VD
Bühler	-	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	-	V	AG
Burkart	-	RL	AG
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cattaneo	-	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	-	V	TI
Clottu	-	V	NE
Crottaz	E	S	VD
de Buman	P	C	FR
de Courten	-	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	-	RL	VD
Detting	-	V	SZ
Dobler	-	RL	SG
Egger	+	C	VS
Egloff	-	V	ZH
Eichenberger	-	RL	AG
Estermann	-	V	LU

Eymann	-	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlmann Riele	+	S	GE
Feller	-	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	-	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Fluri	-	RL	SO
Frehner	-	V	BS
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Geissbühler	-	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	-	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glarner	-	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Glauser	0	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	-	V	GE
Gössi	-	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	-	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	-	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Gugger	+	C	ZH
Guhl	+	BD	AG
Gutjahr	-	V	TG
Gysi	+	S	SG
Hadom	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Hausamann	-	V	TG
Heer	-	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	-	V	TG
Hess Erich	-	V	BE
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	-	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	-	V	SH
Imark	-	V	SO
Jans	+	S	BS
Jauslin	-	RL	AG

Kälin	+	G	AG
Keller Peter	-	V	NW
Keller-Inhelder	-	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	-	V	AG
Köppel	-	V	ZH
Kutter	+	C	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	-	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand-Balet	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	-	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	-	V	ZH
Mazzone	+	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Molina	+	S	ZH
Moret	+	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	-	V	SG
Müller Walter	-	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	-	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	=	RL	VS
Nicolet	-	V	VD
Nidegger	-	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Paganini	+	C	SG
Page	-	V	FR
Pantani	-	V	TI
Pardini	+	S	BE
Pezzatti	-	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	-	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	-	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	-	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG

Reimann Maximilian	-	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	-	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	-	V	FR
Ritter	+	C	SG
Roduit	+	C	VS
Romano	+	C	TI
Rösti	-	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	-	V	VS
Rutz Gregor	-	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmann	-	V	BE
Sauter	-	RL	ZH
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	-	RL	LU
Schneeberger	-	RL	BL
Schneider Schüttel	+	S	FR
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Siegenthaler	+	BD	BE
Sollberger	-	V	BL
Sommeruga Carlo	+	S	GE
Stahl	-	V	ZH
Stamm	-	V	AG
Steinemann	-	V	ZH
Streiff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Töngi	+	G	LU
Tornare	+	S	GE
Trede	+	G	BE
Tuena	-	V	ZH
Vitali	-	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	-	V	ZH
von Siebenthal	-	V	BE
Walliser	-	V	ZH
Walti Beat	-	RL	ZH
Wasserfallen Christian	-	RL	BE
Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Wehrli	=	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	-	V	SO
Wüthrich	+	S	BE
Zanetti Claudio	-	V	ZH
Zuberbühler	-	V	AR

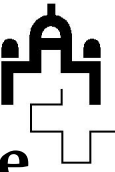
Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	12	42		7	4	29	7	101
- Nein / non / no			67		27			94
= Enth. / abst. / ast.					2			2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1						1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1					1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1



Nach der Ablehnung der USR III an der Urne, schlägt der BR eine Kompensation bei den Familienzulagen um 30 Franken vor

Worum es geht

- Die steuerliche Privilegierung der kantonalen Statusgesellschaften stehen nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards. Diese Ausgangslage führt bei Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, zu Rechts- und Planungsunsicherheiten.
- Zudem steht die Schweiz in einem härter werdenden internationalen Wettbewerb. Bedeutende Länder haben signifikante Gewinnsteuersatzsenkungen beschlossen und gleichzeitig mehrten sich unilaterale wie auch international koordinierte Massnahmen, die darauf abzielen, steuerlich attraktive Länder zu schwächen.
- Der Bundesrat schlägt dem Parlament die folgenden Massnahmen vor:
 - 1) Aufhebung der Regelungen für Statusgesellschaften
 - 2) Anpassungen im Finanzausgleich (neue Gewichtung der Unternehmensgewinne im Ressourcenausgleich und Einführung temporärer Ergänzungsbeiträge)
 - 3) Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer von 17 auf 21,2 Prozent
 - 4) Berücksichtigung der Städte und Gemeinden im Zusammenhang mit der Erhöhung des Kantonsanteils
 - 5) Obligatorische Einführung einer Patentbox auf kantonaler Ebene
 - 6) Fakultative Einführung zusätzlicher Abzüge für Forschung und Entwicklung auf kantonaler Ebene
 - 7) Einführung einer Entlastungsbegrenzung bei der Gewinnsteuer
 - 8) Erhöhung der Dividendenbesteuerung beim Bund auf 70 Prozent, bei den Kantonen auf mindestens 70 Prozent
 - 9) Erhöhung der Mindestvorgaben für Familienzulagen um 30 Franken



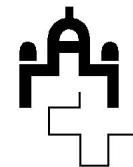
Der Ständerat schlägt eine höhere AHV-Finanzierung vor, welche aber zu über 50 Prozent durch Lohnbeiträge finanziert wird

Position der SVP

- Die SVP bedauert, dass auf eine Gewinnsteuersatzsenkung verzichtet wird, während viele andere Staaten ihre Steuersätze reduzieren. Sie fordert, dass mit der Vorlage die Schweiz ihre Spitzenposition im steuerlichen Standortwettbewerb verteidigen kann. Weiter sollen föderalistische Anliegen berücksichtigt und die Spielräume der internationalen Standards ausgenutzt werden. Sachfremde Elemente lehnt die SVP ab.

Ergebnis in den Räten

- Bei der Steuervorlage 17 (18.031) traf der Ständerat die folgenden Beschlüsse:
 - **AHV-Finanzierung:** Anstelle einer Erhöhung der Familienzulagen soll eine AHV-Finanzierung vorgenommen werden (3 zusätzliche Lohnpromille (je 0,15% Arbeitgeber / Arbeitnehmer), Zuweisung des ganzen Demografieprozents der MWSt an den AHV-Ausgleichsfonds, Erhöhung des Bundesbeitrags an die AHV auf 20.2%).
 - **Teilbesteuerung von Dividenden:** Dividenden von qualifizierten Anteilseignern auf Ebene Kantone sollen zu mind. 50% (statt 70% gemäss Bundesrat) besteuert werden.
 - **Anpassung des Kapitaleinlageprinzips:** Der Ständerat will, dass börsennotierte Unternehmen nur Kapitaleinlagereserven (KER) steuerfrei ausbezahlen dürfen, wenn sie in der gleichen Höhe steuerbare Dividenden ausschütten. Dies gilt für alle bestehenden KER mit der Ausnahme für jene KER, die innerhalb eines Konzerns zurückgezahlt werden und KER, die im Rahmen eines Zuzugs in die Schweiz nach dem 31.12. 2010 entstanden sind.
 - **Neuer Abzug auf Eigenfinanzierung,** jedoch noch im Kanton Zürich, jenem Kanton, der zukünftig voraussichtlich den höchsten regulären Steuersatz haben wird.
 - **Erleichterungen bei der Kapitalsteuer:** Möglichkeit für Steuerermässigungen für Eigenkapital, das auf Darlehen an Konzerngesellschaften entfällt.
- Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.



Trotz der deutlichen Zustimmung im Ständerat sind bei der Vorlage noch zahlreiche Fragen offen

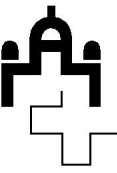
Gegenstand / Objet du vote:
Abstimmung vom / Vote du:

Gesamtabstimmung
07.06.2018 12:27:13

Abate	Fabio	+	TI
Baumann	Isidor	=	UR
Berberat	Didier	+	NE
Bischof	Pirmin	+	SO
Bischofberger	Ivo	+	AI
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Caroni	Andrea	+	AR
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	+	GE
Dittli	Josef	+	UR
Eberle	Roland	-	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fetz	Anita	+	BS
Föhn	Peter	=	SZ
Fournier	Jean-René	=	VS
Français	Olivier	+	VD
Germann	Hannes	+	SH
Graber	Konrad	+	LU
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hêche	Claude	+	JU
Hefti	Thomas	+	GL

Hegglin	Peter	+	ZG
Hösli	Werner	-	GL
Janiak	Claude	+	BL
Jositsch	Daniel	+	ZH
Keller-Sutter	Karin	P	SG
Kuprecht	Alex	-	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Lombardi	Filippo	+	TI
Luginbühl	Werner	-	BE
Maury Pasquier	Liliane	+	GE
Minder	Thomas	-	SH
Müller	Damian	=	LU
Müller	Philipp	+	AG
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	+	SG
Rieder	Beat	=	VS
Savary	Géraldine	+	VD
Schmid	Martin	+	GR
Seydoux-Christe	Anne	+	JU
Stöckli	Hans	+	BE
Vonlanthen	Beat	+	FR
Wicki	Hans	0	NW
Zanetti	Roberto	+	SO

Legende			Tot.
+	Ja / oui / si		34
-	Nein / non / no		5
=	Enth. / abst. / ast.		5
E	Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS		0
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto		1



Mit der Harmonisierung des Schweizer Beschaffungsrechts soll eine Forderung der Wirtschaft erfüllt werden

Worum es geht

- Die Gesamtsumme von Zahlungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Beschaffungswesen in der Schweiz beträgt derzeit schätzungsweise rund 41 Milliarden Franken jährlich (rund 20 Prozent Bund und rund 80 Prozent Kantone und Gemeinden). Allein die zentrale Bundesverwaltung beschaffte im Jahr 2015 Bauleistungen, Waren und Dienstleistungen im Wert von 5,65 Milliarden Franken.
- Aufgrund der 2012 abgeschlossenen Revision des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) sind Anpassungen im nationalen Recht erforderlich. Gleichzeitig sollen die Beschaffungsordnungen von Bund und Kantonen einander inhaltlich soweit möglich und sinnvoll angeglichen werden.

Position der SVP

- Die SVP steht der uniformen nationalen Einheitslösung kritisch gegenüber, fordert einen Abbau von Regulierungen und lehnt sachfremden Kriterien, wie z.B. „unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit“ im Beschaffungsrecht ab.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat verabschiedete die Totalrevision des Beschaffungsgesetzes (17.019) mit einigen Änderungen. So soll bei einer Vergabe beispielsweise das Preisniveau im Land eines ausländischen Anbieters berücksichtigt werden müssen.
- Weiter soll nicht immer zwingend das günstigste Angebot den Zuschlag erhalten, sondern das insgesamt vorteilhafteste. So können beispielsweise auch Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, speziell berücksichtigt werden.
- Schliesslich sollen die von der öffentlichen Hand beherrschten Unternehmen, wie auch Empfänger von Finanzhilfen nicht dem öffentlichen Beschaffungsrecht unterstellt werden.
- Das Geschäft geht jetzt in den Ständerat.

Obwohl die SVP die Vorlage in der Vernehmlassung noch ablehnte, stimmte sie ihr in der Gesamt- abstimmung deutlich zu

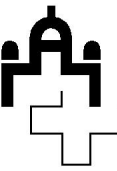
Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzzone	+	C	GE
Barile	+	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	+	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bendahan	+	S	VD
Bertschy	+	GL	BE
Bigler	0	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	+	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner Hansjörg	+	RL	TG
Brunner Toni	0	V	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bühler	+	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	+	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	+	V	TI
Clottu	+	V	NE
Crottaz	+	S	VD
de Buman	P	C	FR
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	0	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger	+	C	VS
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	+	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlmann Rielle	+	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	+	V	BS
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Geissbühler	+	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	+	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glamer	+	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Glauser	+	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	+	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Gugger	+	C	ZH
Guhl	+	BD	AG
Gutjahr	+	V	TG
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Hausamann	+	V	TG
Heer	0	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	=	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	+	S	BS
Jauslin	+	RL	AG

Kälin	E	G	AG
Keller Peter	+	V	NW
Keller-Inhelder	+	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	0	V	ZH
Kutter	+	C	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	E	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand-Balet	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	=	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	+	V	ZH
Mazzzone	+	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Molina	+	S	ZH
Moret	+	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	+	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	+	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Paganini	+	C	SG
Page	+	V	FR
Pantani	+	V	TI
Pardini	+	S	BE
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	+	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	+	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	+	V	SG

Reimann Maximilian	+	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	+	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	0	V	FR
Ritter	+	C	SG
Roduit	+	C	VS
Romano	+	C	TI
Rösti	+	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmänn	+	V	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schenger Silvia	+	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	+	S	FR
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Siegenthaler	+	BD	BE
Sollberger	+	V	BL
Sommaruga Carlo	0	S	GE
Stahl	+	V	ZH
Stamm	+	V	AG
Steinemann	+	V	ZH
Streich	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Töngi	+	G	LU
Tornare	+	S	GE
Trede	+	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	=	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	+	V	ZH
Walt Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Wehrli	0	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	0	S	AG
Wobmann	+	V	SO
Wüthrich	+	S	BE
Zanetti Claudio	+	V	ZH
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	11	41	60	7	30	28	7	184
- Nein / non / no			1					1
= Enth. / abst. / ast.			3					3
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	1					1		2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	4		3			9
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/9)

Heimreisen von vorläufig Aufgenommenen

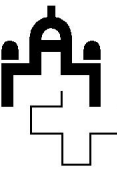
Arbeit für vorläufig Aufgenommene

Sans-Papiers in Drittstaaten- kontingenten

Ausländische Gelder für islamische Gebetsstätten

Keine Überwachung von Gefährdern

- Reist ein Flüchtling oder vorläufig Aufgenommener in seinen Heimatstaat oder ein Nachbarland davon, soll ihm die Flüchtlingseigenschaft gemäss Ständerat einfacher aberkannt werden können (18.026, 15.3953). Jedoch können sich Heimreisende nach wie vor schützen, wenn sie darlegen, dass die Reise aufgrund eines Zwangs erfolgte. Eine SVP-Initiative (15.3844), die eine konsequente Regelung forderte, wurde abgelehnt.
- Der Rat hat eine Motion (18.3002) angenommen, damit vorläufig Aufgenommene Personen arbeiten können. Dabei soll der Bundesrat vor allem den Begriff „vorläufige Aufnahme“ prüfen. Aus Sicht der SVP werden damit Fehlanreize gesetzt.
- Der Nationalrat will die Härtefallbewilligungen für Sans-Papiers (17.414) nicht in die Drittstaatenkontingente einschliessen. Somit besteht weiterhin ein Fehlanreiz bei der Legalisierung illegaler Einwanderer.
- Islamische Gebetsstätten und Imame sollen nach dem Willen des Ständerats weiterhin Gelder aus dem Ausland annehmen dürfen. Auch will der Ständerat islamische Zentren nicht verpflichten, Herkunft und Verwendung von Geldern offenzulegen. Und Imame sollen ihre Predigt nicht in einer Ortssprache abhalten müssen. Der Ständerat hat eine Motion (16.3330) aus der SVP-Fraktion verworfen.
- Im Bereich der Terrorbekämpfung weigerte sich die kleine Kammer, eine Gesetzesgrundlage zur permanenten Überwachung von Gefährdern (17.3730) zu schaffen. Auch soll der Nachrichtendienst des Bundes keine neuen Kompetenzen im Umgang mit Risikopersonen erhalten. Er erhält kein Recht, diese verbindlich vorzuladen. (17.3779).



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/9)

**Zwang zu
Lohngleichheits-
kontrollen**

- Eine Mehrheit von SP und CVP im Ständerat will Unternehmen verpflichten, Lohngleichheitskontrollen durchzuführen und hat einer Verschärfung des Gleichstellungsgesetzes (17.047) zugestimmt.

One-in, one-out

- Auch eine «One-in, one-out»-Klausel der SVP lehnte der Rat ab (16.435). Für jeden neuen Erlass hätte eine bestehende Regulierung aufgehoben werden müssen.

**Förderung der
Kinderbetreuung**

- Gegen den Willen der SVP soll der Bund die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen weiterhin fördern (17.497).

**Aufhebung
Moratorium für
neue Sportarten**

- Der Rat verlangt vom Bundesrat, dass er das Moratorium für neue Sportarten (17.3605) bei Jugend und Sport aufhebt. Zahlreiche neue Sportarten erfüllen inzwischen die Kriterien von Jugend und Sport, können aber nicht gefördert werden.

**Obligatorische
Schulsportlager**

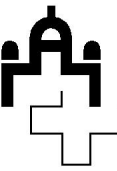
- Obligatorische Schulsportlager sollen in Zukunft zusätzlich mit Bundesgeldern unterstützt werden können (18.3053).

**KESB-
Massnahmen**

- Gemeinden sollen bei Massnahmen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) auch weiterhin zwar zahlen, aber kein Beschwerderecht erhalten (15.309). Beinahe nur die SVP setzte sich im Rat für die Gemeinden ein.

**Recycling von
Elektrogeräten**

- Der Nationalrat will ein neues Finanzierungssystem für das Recycling von Elektrogeräten (17.3636). Der Bundesrat soll neue Möglichkeiten prüfen, weil die bisherige Lösung u.a. wegen des Internethandels nicht mehr kostendeckend ist.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/9)

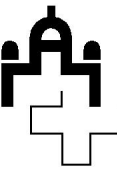
**Reduktion der
Staatsquote und
der gesetzlich
gebundenen
Ausgaben**

**Aufweichung der
Schuldenbremse**

**Staatsrechnung
2017 und
Nachtragskredite
für 2018**

**Finanzhilfen für
Konsumenten-
schutz-
Organisationen**

- Der Ständerat weigerte sich, die Staatsquote und die gesetzlich gebundenen Ausgaben zu reduzieren. Drei Vorstösse (16.3972, 16.3975, 17.3537) aus den Reihen der SVP wurden abgelehnt. Mit der ersten Motion wäre der Bundesrat beauftragt worden, die Staatsaufgaben zu überprüfen und die Staatsquote um mindestens 5% zu senken. Mit der zweiten Motion hätte er die gesetzlich gebundenen Ausgaben bis 2022 um mindestens 5% senken müssen. Die dritte verlangte, dass der Personalbestand in der Zentralverwaltung reduziert wird.
- Die Ständesvertreter entschieden mit Unterstützung der SVP, die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse dürfe nicht aufgeweicht werden (16.3634).
- Das Parlament diskutierte bei der Genehmigung der Staatsrechnung 2017 (18.003) die darin enthaltenen Rückstellungen und Fehlbuchungen. Der Bundesrat wurde beauftragt, die Buchungsfehler beim Vorliegen der definitiven Zahlen nachträglich zu korrigieren und zur Genehmigung vorzulegen. Daneben wurden sechs Nachtragskredite (18.007) zum Budget 2018 von insgesamt 40 Mio. CHF genehmigt. Rund die Hälfte entfällt auf Investitionen für Bundesasylzentren.
- Betreffend Konsumentenschutz-Organisationen entschieden die Ständesvertreter, dass Finanzhilfen weiterhin unabhängig davon ausbezahlt werden, ob die Organisationen politische Ziele verfolgen. Zwei Motionen (14.3834, 14.3880), welche die Regeln ändern wollten, wurden abgelehnt.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/9)

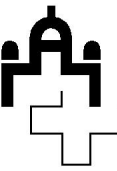
**Nein zu mehr
Geld für Armee**

**Armeebotschaft
2018**

**Unterzeichnung
Atomwaffen-
verbotsvertrag**

**Verurteilung der
Gewalt im
Syrienkrieg**

- Die Armee soll nicht mehr Geld erhalten Der Nationalrat lehnt die Initiative (17.473) aus der SVP ab, die Armeeausgaben langfristig auf 1% des Bruttoinlandprodukts (BIP) zu erhöhen. Als Vergleich: In der NATO gilt eine Zielgrösse von 2% des BIP.
- Der Ständerat genehmigte die Armeebotschaft 2018 (18.022) mit kleinen Änderungen. Er hat den Kredit für den Kauf von Schutzwesten von rund 200 Mio. auf knapp 100 Mio. CHF halbiert. Den Immobilienkredit kürzte er ebenfalls geringfügig.
- Gegen den Willen der SVP fordert der Nationalrat den Bundesrat zudem auf, so rasch wie möglich den Atomwaffenverbotsvertrag (17.4241) zu unterzeichnen. Keiner der Staaten, die Kernwaffen besitzen, wird jedoch dem Vertrag beitreten. Damit bleibt dieser wirkungslos.
- Gegen den Willen der SVP-Fraktion verabschiedete der Nationalrat eine Erklärung, welche die Gewalt im Syrienkrieg (18.033) verurteilt und den Bundesrat zum Handeln auffordert. Aus Sicht der SVP bringt die Erklärung keinerlei Nutzen, sondern stellt die Neutralität der Schweiz unnötig in Frage.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/9)

Hornkuhinitiative

- Eine grosse Mehrheit des Nationalrates empfiehlt dem Volk die Hornkuhinitiative (17.024) zur Ablehnung. Diese will, dass horntragende Kühe und Ziegen finanziell gefördert werden.

Zersiedelungs- initiative

- Die Zersiedelungsinitiative (17.063) der Jungen Grünen lehnte die grosse Kammer klar ab. Die Volksinitiative verlangt, die Ausdehnung der Bauzonen gesamtschweizerisch auf unbestimmte Zeit zu stoppen. Dass die Schweiz haushälterisch mit dem Boden umgehen muss, stellte in der Debatte niemand in Abrede. Seitens der SVP wurde auf die eigenständige Steuerung der Zuwanderung hingewiesen, mittels welcher der Bodenverbrauch durch Zuwanderer reduziert werden könne.

Milchmarkt- Regulierung

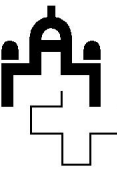
- Der Ständerat lehnte neue Regulierungen von Mengen und Preisen im Milchmarkt ab. Zwei Initiativen der Kantone Genf (17.310) und Freiburg (17.301) sowie eine Motion aus der SVP (16.3329) wurden abgelehnt.

Revision des Jagdgesetzes

- Im Rahmen der Revision des Jagdgesetzes (17.052) entschied der Ständerat in einer intensiven Debatte, dass der Wolfsbestand reguliert werden kann, wenn grosse Schäden zu verzeichnen sind. Auch Biber und Luchse sollen nicht absolut geschützt werden. Die Vertreter der SVP konnten sich hier durchsetzen. Tierschützer drohen bereits mit dem Referendum.

Nicht mehr genutzte Ställe und Scheunen

- In der Raumplanung sollen nicht mehr genutzte Ställe, Scheunen und Stadel nicht einfacher in Wohnungen umgebaut werden, trotz Unterstützung durch die SVP (17.3358).



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/9)

Rechtsvorbeifahren

- Der National- wie auch der Ständerat wollen das Rechtsvorbeifahren auf Autobahnen erlauben (17.3666).

Klare Regeln für Fernbusse

- Der Ständerat beriet die Differenzen in einem Paket von Verkehrsvorlagen (16.075). Der Rat will klare Regeln für Fernbusse, um den öffentlich finanzierten Regionalverkehr vor Konkurrenz zu schützen. Es sollen nur ergänzende Angebote zugelassen werden – beispielsweise Nachtbusse, die der konzessionierte Anbieter nicht fährt. Weiter sollen die Trassen künftig durch eine unabhängige Anstalt des Bundes vergeben werden. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat.

Datenschutzgesetz

- Der Nationalrat hat mit Bezug auf das Datenschutzgesetz einen Grundsatzentscheid gefällt: Die Vorlage soll aufgeteilt werden und zuerst sollen die unumstrittenen Anpassungen ans europäische Recht vorgenommen werden (17.059).

Öffnung des Rechtswegs beim Poststellennetz

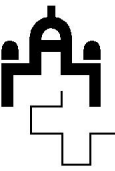
- Der Ständerat will beim Poststellennetz den Rechtsweg öffnen. Er hat eine Standesinitiative aus dem Jura (17.314) angenommen. Die Postkommission PostCom soll bei der Schliessung oder Verlegung einer Poststelle nicht nur eine Empfehlung abgeben, sondern einen anfechtbaren Beschluss fassen.

Vorgaben für soz. Netzwerke

- Der Nationalrat will soziale Netzwerke stärker in die Pflicht nehmen. Sie sollen künftig eine Vertretung oder ein Zustelldomizil in der Schweiz angeben müssen (13.3379).

Studien zu Cannabis

- Wissenschaftliche Studien zu Cannabis sollen nach Ansicht des Nationalrats ebenso wenig erlaubt werden wie Cannabis selber. Ein entsprechender Vorstoss (17.4210) wurde mit Hilfe der SVP abgelehnt.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/9)

**Schutz von
Schweizer
Firmen vor
ausländischen
Übernahmen**

- Die kleine Kammer diskutierte den Schutz von Schweizer Firmen vor ausländischen Übernahmen. Er fordert vom Bundesrat unter anderem Abklärungen zu Rechtsfragen und Fragen der Sicherheitspolitik (18.3376, 18.3021). Zudem will der Ständerat wissen, mit welchen gesetzlichen Mitteln Industriestaaten Schlüsselindustrien und kritische Infrastrukturen vor ausländischen Übernahmen schützen und nahm ein entsprechendes Postulat (18.3233) an.

**Kirchliche
Stiftungen**

- Nichts wissen will die kleine Kammer von mehr Transparenz bei kirchlichen Stiftungen zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismus (16.4129).

**Stärkung des
Rechtsschutzes**

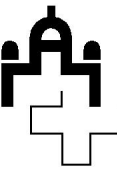
- Der Nationalrat hält es nicht für nötig, beim automatischen Informationsaustausch den individuellen Rechtsschutz zu stärken. Für den Vorstoss (17.3973) sprach sich die SVP aus.

**Anpassung des
Verrechnungs-
steuergesetzes**

- Das Verrechnungssteuergesetz (18.030) wurde von der grossen Kammer angepasst: Wer in der Steuererklärung Einkünfte nicht deklariert hat, soll die Verrechnungssteuer trotzdem zurückerhalten, sofern er fahrlässig handelte.

**Verjährungsfrist
für Personen-
schäden**

- Ansprüche aus Personenschäden sollen erst nach zwanzig statt zehn Jahren verjähren. So will es nach dem National- auch der Ständerat (13.100). Auslöser der Revision waren die verjährten Ansprüche von Asbestopfern und ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/9)

Reform der Ergänzungs- leistungen

- Der Ständerat lenkte bei der zweiten Beratung der Reform der Ergänzungsleistungen (16.065) nur in wenigen Punkten ein. Viele Entscheide des Nationalrats, die das Kostenwachstum bremsen sollen, mochte der Ständerat aus sozialpolitischen Gründen nicht mittragen.

Objektiver Mindestum- wandlungssatz

- Der Mindestumwandlungssatz zur Berechnung der Renten sowie der Mindestzinssatz in der Pensionskasse sollen neu nach einer fixen mathematischen Formel berechnet werden und nicht mehr politisch ausgefochten werden (16.3350, 12.414).

Zugang zum BVG

- Teilzeitangestellten soll der Zugang zur beruflichen Vorsorge (BVG) erleichtert werden (11.482).

Arbeitsanreize für Pensionäre

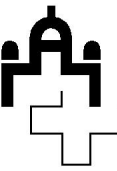
- Pensionäre, die weiterarbeiten möchten, sollen ihre Rente mehr als fünf Jahre aufschieben können, um weiter Beiträge einzahlen zu können (12.491).

Festlegung der Tarmed-Tarife

- Eine Initiative (17.401) fand eine Mehrheit, welche die Festlegung der Tarmed-Gesundheitstarife einer neuen, gemeinsamen Organisation übertragen will, um Blockaden zu verhindern.

Eidg. Qualitäts- kommission

- Die grosse Kammer will eine eidgenössische Qualitätskommission einsetzen, welche die Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen verbessern soll (15.083).



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/9)

Änderungen des Parlamentsrechts

- Der Nationalrat sprach sich im Rahmen mehrerer Änderungen des Parlamentsrechts (16.457) dafür aus, dass Parlamentarier künftig auch ihre Arbeitgeber offenlegen müssen. Weiter muss bei den Interessenbindungen zukünftig angegeben werden, ob eine Tätigkeit ehrenamtlich oder gegen Bezahlung erfolgt. Schliesslich führen die Parlamentsdienste neu ein öffentliches Register über die Reisen von Ratsmitgliedern im Ausland, die sie zulasten der Rechnung der Bundesversammlung unternehmen.

Kürzung der Gelder der Parlamentarier

- Erneut scheiterte die SVP mit einem Vorschlag (17.436), der die Entschädigungen der Parlamentarier kürzen wollte. Auch wer lediglich eine parlamentarisch Initiative einer Kommission vorstellt, soll weiterhin ein ganzes Taggeld und Essensspesen erhalten.

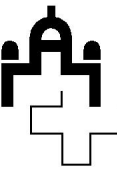
GA der 1. Klasse

- Die Mitglieder des Nationalrats wollen weiterhin erster Klasse reisen. Ein Vorstoss (18.3133), der Parlamentariern nur noch ein GA zweiter Klasse vergüten wollte, wurde abgelehnt.

Landeshymne

- Der Vorschlag (17.4025) aus den Reihen der SVP, zu Beginn jeder Session die Landeshymne zu singen, fand keine Mehrheit.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

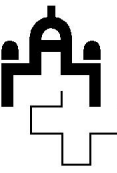
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Herbstsession: 10. – 28. September 2018**
- **Wintersession: 26. November – 14. Dezember 2018**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

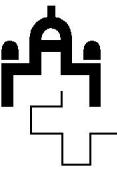
- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Abstimmungen vom 23. September 2018

- Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]») **NEIN**
- Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» **NEIN**
- Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» **NEIN**



Haben Sie Fragen?